

Herbst 2017

Sperrre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



Die Qual mit der Wahl...

Über das Verhältnis von Demokratie und Wahlen

Sind beide untrennbar miteinander verknüpft?

Die AfD vor dem Einzug in den Bundestag?

Warum es mit der „Alternative“ für Deutschland nichts zu gewinnen gibt

Thema Altersarmut im Wahlkampf?

Fehlanzeige! Das Rentensystem ist unzureichend



DARUM GRÜN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GAL MÜNSTER

GARANTIE- RENTE ÜBER SOZIALHILFE!

MARIA KLEIN-SCHMEINK

www.grüne-münster.de

Editorial

Ein Wahlkampf ohne echte Alternative

Am 24. September ist es wieder soweit. An diesem Sonntag ist in Deutschland Bundestagswahl. Soweit, so gut. Oder, wie viele meinen, so langweilig. Denn die Frage, die sich viele stellen, lautet: Habe ich überhaupt eine Wahl, wenn ich wählen gehe? Und, falls ja: welche? Zwischen austauschbaren Kandidat*innen, die ich gar nicht kenne? Die sich für mich, mein Leben und meine Probleme sonst nicht interessieren und nur meine Stimme haben wollen?

Eine andere, eher pragmatische Sichtweise, die von vielen, vielleicht sogar von der Mehrheit der Wahlberechtigten geteilt wird: Egal, wen oder was man wählt, letztlich wählt man immer das kleinere Übel. Vermutlich kommt diese Meinung der Wahrheit ziemlich nahe, denn mit welchem Parteiprogramm und welchen Kandidat*innen stimmt der Wähler oder die Wählerin schon hundertprozentig überein?

Die daraus entstandene Verdrossenheit über Politiker*innen und die nachlassende Wahlbeteiligung in Deutschland sind die einen Folgen. Seit einiger Zeit kriselt es jedoch in vielen Demokratien des Westens und das oft gravierender. In Europa stehen dafür etwa der Brexit, die Finanzkrise und die Abwehr von Flüchtenden durch die EU sowie der Zulauf zu populistischen oder rechtsextremen Bewegungen in etli-



„Egal, wen oder was man wählt, letztlich wählt man immer das kleinere Übel“?



Foto: Agneta Becker

chen Ländern. In Deutschland etwa zur AfD, die vor dem Einzug in den Bundestag steht. Und in den USA an der Wahl eines offenkundig rassistischen, sexistischen und unberechenbaren Präsidenten, der seine Unfähigkeit, sein Amt zu führen, ein ums andere Mal unter Beweis stellt.

Vieles von dem lässt sich nur durch die wachsende Verschlechterung der sozialen Bedingungen verstehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt, weil ihre wahren Nöte und Probleme nicht mehr von der etablierten Politik und den Eliten gehört und verstanden werden. Ein Kreuz auf dem Wahlzettel, so ihre Erfahrung, ändere für sie nichts. Dagegen klingen die einfachen Parolen und (Schein-)Lösungen der Populisten in ihren Ohren geradezu verlockend...

In Deutschland ist zwar Wahlkampf, aber zu spüren ist er kaum. Das öffentliche Interesse hält sich in Grenzen. Das liegt sicher auch daran, dass die Wahl für viele bereits gelaufen ist. Laut Umfragen wird CDU-Kanzlerin Angela Merkel aller Voraussicht nach mit ihrer Strategie, den SPD-Herausforderer Martin Schulz und seine Themen zu ignorieren, Erfolg haben. Von Spannung kann da keine Rede sein, eher von Lähmung, von Stillstand. Neulich trug eine Fernseh-Talkshow den bezeichnenden Titel: „Merkel oder Merkel – hat Deutschland nur diese Wahl?“ In der Tat: Eine ausgeprägte Wechselstimmung gibt es nicht im Land, und Schulz wird auch nicht (mehr) als Alternative wahrgenommen.

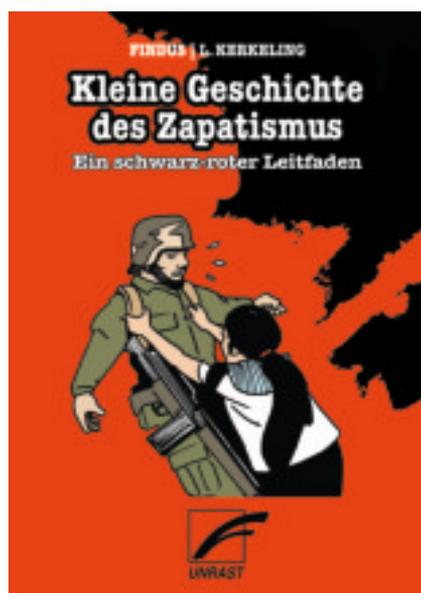
Der Mehrheit geht es gut genug, als dass sie daran denken würde, die in ihren Augen bewährte Amtsinhaberin gegen einen Sozialdemokraten mit einem halbherzigen Programm einzutauschen. Die vielen Menschen, denen es nicht so gut geht, hätten ein anderes Programm und Auftreten von ihm verdient gehabt. Zum Beispiel hat der SPD-Kandidat das Thema Hartz IV konsequent ausgeklammert(!).

Wir haben uns gleichwohl die Bundestagswahl als Titelgeschichte ausgesucht. Weil uns das wichtig war. Weil Wahlen zu einer Demokratie gehören, auch wenn sie nicht alle Probleme lösen. Auf Umfragen oder Geschichten über Politiker haben wir verzichtet. Themen für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen waren uns dafür umso wichtiger.

Ihr Thomas Krämer

Politik wie aus dem Bilderbuch

Eine kleine Geschichte des Zapatismus* als Comic



Manche Dinge verändern sich nie. So stimmt er mich nostalgisch, der Katalog des Unrast-Verlages, als er mir in die Hände fällt und ich ihn durchblättere: Der politische Kampf für die Freiheit des Menschen aufgeteilt in unzählige Kategorien. Revolutionäre Schriften tragen stempelartig anarchistische

Symbole und/oder Hammer und Sichel vor sich her. Mein erster Eindruck: Hier ist für jeden was dabei, und die Feinkategorisierung lässt auch den Zapatisten nicht aus dem Auge.

Kaum verwunderlich also, dass dem Zapatismus ein eigener Sach-Comic gewidmet wird. Nun haben es politische Comics in der Regel schwer sich durchzusetzen, seitdem Größen wie „Maus“ und „Persepolis“ ungeahnte Maßstäbe gesetzt haben. Ich bin deswegen auch recht schnell ernüchert von dem Comic-Projekt. Es handelt sich leider nicht um eine aufregende Story, die den Zapatismus beleuchtet, sondern eher um das, was mich an der revolutionären Szene nun seit zirka 15 Jahren langweilt: ein gebetsmühlenartiges Runterleiern von vermeintlich revolutionären Wahrheiten wartet auf den geeigneten Leser. Eine Auflistung von Organisationsstrukturen, Wahlverfahren und Geschichte der Zapatisten

wird nebenher mit ein paar Bildern versehen. Das Ganze macht irgendwie einen unfreiwillig komischen Eindruck auf mich, da der Stil des Comics mit seinen naiven Dialogen ein wenig an „Es war einmal das Leben“ oder „Biene Maja“ erinnert und doch gleichzeitig ein sehr schwieriges Thema behandelt. Meine kurze Reise in die Welt der Zapatisten endet also für mich mit einem spontanen Kopfkratzen und einem von Ernüchterung provozierten Gähnen.

Eine Rezension von Oleg Katschingski

Daten zum Buch:

Kleine Geschichte des Zapatismus
Ein schwarz-roter Leitfaden
Luz Kerkeling (Autor)
Findus (Comic-Zeichner)
Unrast-Verlag
Preis 7,50 €, 2. erweiterte Auflage
ISBN: 978-3-89771-063-4;
erschienen im September 2016;
72 Seiten; Ausstattung: softcover

*Anmerkung: Der Begriff **Zapatismus** geht auf eine soziale Bewegung zurück, die im Süden Mexikos, in dem Ort Chiapas, entstand. Am Neujahrstag 1994 erhoben sich dort indigene Kleinbauern und -bäuerinnen unter der Devise „Alles für alle!“, um gegen Ausbeutung, Rassismus, die Unterdrückung von Frauen und Naturzerstörung zu rebellieren. Sie nannten sich nach dem Revolutionsgeneral Emiliano Zapata – „Zapatistas“.

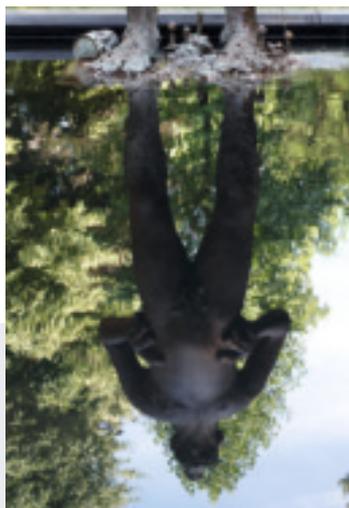


NachDenkSeiten
Die kritische Website

www.nachdenkseiten.de

Skulptur Projekte
Münster: „Skizze für
einen Brunnen“ von
Nicole Eisenmann

Foto: Agneta Becker



20 Arbeitsvermittler suchen ständig neue Kolleg*innen

Das Jobcenter in Münster geht personell am Stock. Das ist keine Übertreibung, die Behörde in kommunaler Trägerschaft sucht ständig neue Mitarbeiter*innen. Der Personalmangel – derzeit sind etwa 13 Prozent der regulären Stellen unbesetzt – erhöht nicht nur den Druck auf die vorhandenen Arbeitsvermittler*innen, wodurch die Qualität ihrer Arbeit leidet, wenn sie etwa die Anträge auf Hartz-IV-Leistungen zu beurteilen haben. Zudem kündigen immer wieder Mitarbeiter*innen ihren Job wegen des schlechten Arbeitsklimas im Jobcenter vorzeitig.

24 Teilhabe steht bei der Skulpturenschau im Vordergrund

Partizipation oder Teilhabe hat sich die 5. Skulptur Projekte Münster auf ihre Fahnen geschrieben. National wie international von hohem Rang lockt das Kulturereignis Heerscharen von Kunstinteressierten aus dem In- und Ausland in die Westfalenmetropole. Wie kann oder soll sich der oder die Normalmünsteraner*in den Skulpturen der Künstler*innen nähern? Ein ganz persönlicher Erfahrungsbericht.

30 Rathauskoalition schiebt Quartiersschutz auf die lange Bank

Erhalt von bezahlbarem Wohnraum? Nicht so wichtig, entscheidet die schwarz-grüne Rathauskoalition in Münsters Stadtrat und verschiebt den endgültigen Beschluss über eine Milieuschutzsatzung darüber auf irgendwann in der Zukunft.

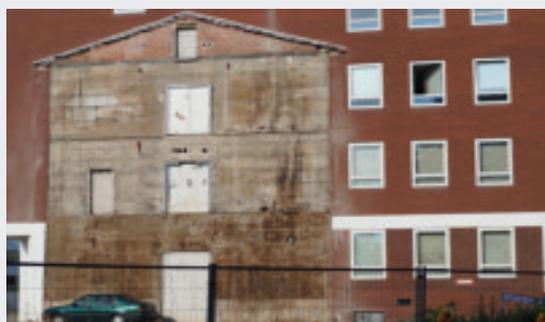


Foto: Agneta Becker

Weil man erst Daten dazu sammeln müsse, heißt es. Nachdem wir in der vorigen Ausgabe der *Sperre* das Thema Wohnungsnot ausführlich behandelt haben, kann diese Ignoranz den vielen Wohnungssuchenden gegenüber nicht unkommentiert bleiben.

INTRO

- 3 Editorial
- 4 Lesestoff
Rebellion als Comic

TITEL – DIE QUAL MIT DER WAHL

- 6 Eine Regierungsform auf dem Prüfstand
Über den Irrglauben, Demokratie sei nur mit Wahlen denkbar
- 10 AfD auf dem Sprung in den Bundestag
Was die neue Rechtspartei für Menschen mit geringem Einkommen „übrig“ hat
- 13 Problemfall Rente
Keine schlüssigen Antworten im Wahlkampf auf die Frage nach der zukünftigen Alterssicherung
- 16 Umverteilung von oben nach unten
Die Kampagne zur Reichtumsverteilung in Deutschland verläuft bisher unbefriedigend

AUFGESPIESST

- 19 Das Unverhältnis
Eine Glosse über die Beziehung von Rüstungspolitik und Hungerhilfe

ARBEIT & SOZIALES

- 20 Mitarbeiter*innen vom Jobcenter gesucht
Großer Frust und eine hohe Wechselrate beim Personal kennzeichnen den Alltag in Münsters Arbeitsvermittlung
- 22 Personalmangel fördert Diskriminierung
Ein neuer Bericht zeigt, wie der Vermittlungsdruck auf zu wenige Mitarbeiter*innen Vorurteile im Jobcenter begünstigt

STADTKULTUR

- 24 Persönliche Annäherung an ein Kunstereignis
Ganz eigene Eindrücke von der 5. Skulpturen Projekte Münster 2017
- 28 Termine, Termine, Termine
Der Kulturkalender der *Sperre* enthält wieder jede Menge Gelegenheiten zu Spaß, Unterhaltung und Information

NACHGELEGT

- 30 Wohnungspolitik erstmal auf Eis gelegt
Ein Rückblick auf die Titelgeschichte der vorigen *Sperre*-Ausgabe und Ereignisse danach

NICHT SPERRIG

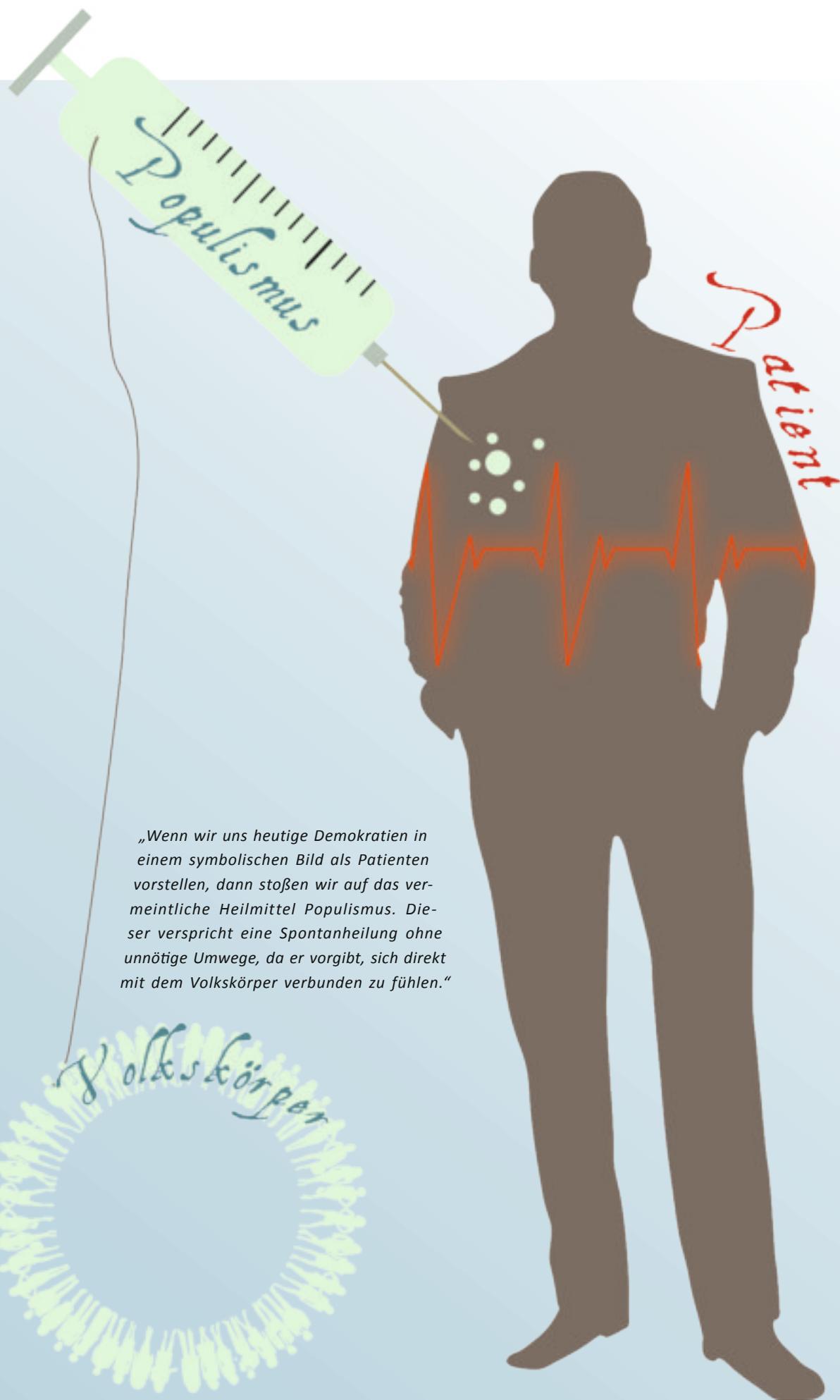
- 32 ALLES WAS RECHT IST
- 35 MELDUNGEN
- 38 IMPRESSUM

Titelthema:

Die Qual mit der Wahl

Foto: Agneta Becker





„Wenn wir uns heutige Demokratien in einem symbolischen Bild als Patienten vorstellen, dann stoßen wir auf das vermeintliche Heilmittel Populismus. Dieser verspricht eine Spontanheilung ohne unnötige Umwege, da er vorgibt, sich direkt mit dem Volkskörper verbunden zu fühlen.“

Wir Wahl- fundamentalisten



Über den Irrglauben, eine Demokratie sei nur mit Wahlen denkbar

In Kürze wählen die Deutschen ein neues Bundesparlament. Wenig widersprochen gilt eine Bundestagswahl als der Höhepunkt einer demokratischen Willensentscheidung und der Urnengang als einziger Weg, den Volkswillen zu repräsentieren. Wahlen werden inzwischen als Selbstzweck betrachtet, nicht als eine mögliche Methode zur Demokratisierung. Wie ist die Binsenweisheit „Wer Demokratie sagt, meint Wahlen“ überhaupt zu rechtfertigen.

von Christoph Theligmann – Fotos: Agneta Becker

Demokratische Staaten üben eine große Anziehungskraft aus – auf jene, die sich nach demokratischen Verhältnissen sehnen und diese im eigenen Land vermissen. Diejenigen, welche es gewohnt sind, in einem demokratischen Gesellschaftsmodell zu leben, leben diesen Zustand mit immer geringerem Zutrauen.

DEMOKRATISCHER IST-ZUSTAND: DER SCHNELL-CHECK

Nach Umfragen misstrauen bis zu drei Viertel der Menschen selbst in etablierten Demokratien den politischen Institutionen, ganz zu schweigen vom kritischen Blick auf politische Parteien und der teilweisen enormen Verachtung gegenüber den Politikern. Die Gruppe der Menschen, die sich nicht mehr an Wahlen beteiligt, ist in Deutschland stetig größer geworden, wobei ein bewusster Wahlverzicht durchaus eine politische Handlung sein kann und daraus nicht unbedachte Schlüsse gezogen werden sollten.

Studien zeigen, dass der überwiegende Teil der Leute schon immer wenig an Politik interessiert gewesen ist. Es handelt sich also nicht um eine Abnahme des Interesses, sondern um ein Verharren auf niedrigem Niveau. Zugespitzt lässt

sich das vielleicht auf die folgende Formel bringen: Der Durchschnittsbürger ist heute besser – oder genauer gesagt – umfangreicher informiert, hegt hingegen aber großes Misstrauen, was die Politik im Allgemeinen angeht. Frühere Generationen waren ihr gegenüber im Durchschnitt gleichgültiger, desinteressierter eingestellt, hatten aber ein größeres Grundvertrauen in die Politik.

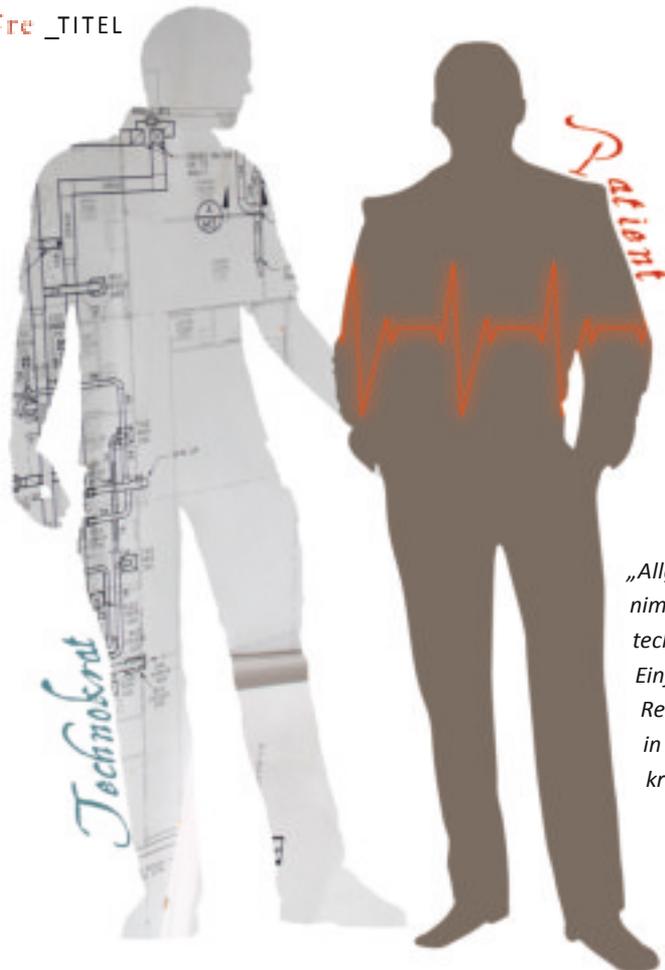
UNTERSTÜTZUNG UND TATKRAFT ZWISCHEN DEN POLEN

Ob in den USA, der Türkei, in Polen oder Ungarn: Das wachsende Bedürfnis nach starker Führung in vielen Ländern ist in letzter Zeit unübersehbar, unter anderem, weil das Vertrauen in Parlamente und Regierungen abgenommen hat. Dabei bewegt sich jede Regierungsform – Demokratie, Aristokratie, Diktatur, Totalitarismus – regelmäßig zwischen den Gegenpolen Effizienz und Legitimität. In einer Diktatur fällt es am leichtesten, schnelle und unpopuläre Entscheidungen zu treffen, doch eine breite Unterstützung in der Bevölkerung widerfährt ihr selten. Ein Land, welches ihre Maßnahmen endlos diskutieren lässt, mag Unterstützung erhalten, effizient ist dieses Verfahren aber in den seltensten Fällen.

Eine Demokratie versucht beiden Kriterien zu genügen, deshalb erscheint sie als die am wenigsten schlechte Regierungsform. Heute bekommen westliche Demokratien vielfach aber Probleme, weil sie den Spagat zwischen Effizienz und Legitimität nicht mehr hinbekommen. Von zwei Dingen machen sie beide bestenfalls, und gleichzeitig schlimmstenfalls, halb richtig – und damit nicht einmal eine ganz richtig, zugleich beide auch nicht ganz falsch.

An drei Größen lässt sich die abnehmende Unterstützung sehr gut ablesen: an der Wahlbeteiligung, an der Wählerwanderung und an dem Mitgliederschwund der Parteien. Politisch wird sich immer häufiger woanders engagiert, aber immer weniger auf dem Wege der althergebrachten politischen Willensbildung hin zum Tatort Regierung, welcher klassisch über die Parteien, Wahlen und den Parlamenten verläuft.

Dass die politische Tatkraft, die Effizienz abnimmt, lässt sich an folgenden Beispielen festmachen: Regierungen werden zunehmend mühsamer gebildet, Koalitionsverhandlungen dauern immer länger, seit Jahren besonders eklatant in Belgien, aktuell in den Niederlanden. Große Infrastrukturprojekte werden zu verwaltungstechnischen Albträumen. Und schließlich die großen Herausforderungen unserer



Zeit, an der unsere westlichen, demokratisch legitimierten Regierungen Schiffbruch zu erleiden drohen wie Eurokrise, Migration, Klimawandel.

POPULISMUS UND EXPERTENTUM ERWEISEN SICH ALS SCHWACHSTELLEN

Wenn wir uns heutige Demokratien in einem symbolischen Bild als Patienten vorstellen, dann stoßen wir auf das vermeintliche Heilmittel Populismus. Dieser verspricht eine Spontanheilung ohne unnötige Umwege, da er vorgibt, sich direkt mit dem Volkskörper verbunden zu fühlen – im Gegensatz zu einer verschmähten demokratischen Elite. Volksvertretungen haben heute tatsächlich ein großes Legitimitätsproblem, allein wenn man sich die Zusammensetzung nach Berufsgruppen und die Rekrutierungsmethoden anschaut. Mitunter stimmt also die Diagnose der Populisten, ihre Rezepte hingegen nicht. Kurzum und auf den Punkt gebracht: richtige Fragen, falsche Antworten.

Es gibt eine zweite Therapie, die darin besteht, den Technokraten öffentliche Angelegenheiten zu überlassen. In den Jahren 2011 und 2012, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Europa, hießen die Regierungschefs in

Italien und Griechenland Mario Monti und Loukas Papadimos, der eine Wirtschaftsprofessor, der andere Banker. Allgemein nimmt der technokratische Einfluss auf die Regierungen in den Demokratien zu. Das sieht man daran, dass Macht von den Volksvertretungen auf Institutionen wie Europäische Zentralbank, Weltbank, IWF oder Europäische Kommission übertragen wird.

Der Durchschnittsbürger ist heute besser – oder genauer gesagt – umfangreicher informiert, hegt hingegen aber großes Misstrauen, was die Politik im Allgemeinen angeht.

Im Grunde machen Technokraten das Gegenteil von Populisten. Sie können sich ganz auf die Wirkung von Entscheidungen konzentrieren (oft genug ihre eigenen) und müssen sich nicht um eine breite öffentliche Unterstützung kümmern, so dass die Regierungszeiten von Technokraten meistens kurz sind und technokratisch-institutionelle Macht ohne demokratische Rücksicht im Verborgenen wirkt.

WAHLEN SIND DEMOKRATISCH UNZUREICHEND

Mit der US-amerikanischen und der französischen Revolution von 1776

bzw. 1789 begann die demokratische Willensbildung mit Hilfe von Wahlverfahren in der Neuzeit. Das scheint uns heute selbstverständlich, war es damals aber nicht. Wahlen galten als ein Verfahren, um Einstimmigkeit innerhalb einer Gruppe herzustellen, nicht um Konflikte, konkurrierende Vorstellungen und Streitigkeiten außerhalb dieser einzuhegen. Eine Wahl ging zum Beispiel auch bei der Ernennung von Päpsten voraus. Heute wirken als Einigungsinstrumente Ideologien, vor allem der Nationalismus.

Gerne wird auf die Antike, auf das griechische Modell als Vorbild verwiesen. Aber geheime, gleiche und allgemeine Wahlen, wie wir sie heute kennen, waren damals nicht Kern des demokratischen Systems! Die wichtigsten Ämter wurden per Losverfahren und Rotation zugewiesen, um eine möglichst große Menge der Bevölkerung mit unterschiedlichen Interessen die Chance zu eröffnen, ihren Einfluss geltend zu machen. Die Alten wussten ganz genau, dass Wahlen zu einer gewissen Oligarchisierung ihrer Demokratie führten. Sie gingen dabei sehr pragmatisch vor. Für die höchsten militärischen und bezahlten Ämter gab es Ausnahmen. So wurde etwa Perikles 14 Jahre in seinem Amt bestätigt.

Nun waren diese alternativen Prozeduren, Losverfahren und Rotation, aus grauer Vorzeit vielleicht geeignet für kleine Stadtstaaten. Aber funktioniert so etwas noch in heutiger Zeit? Die Antwort lautet: Ja. Diese Anknüpfungspunkte gibt es durch-

aus, auch in der Praxis. Am Ende dieses Artikels wird dies noch gründlicher erläutert.

Warum wurde diese Tradition vergessen? Weil dem „Vergessen“ ein Machtkalkül zu Grunde lag. Buchautor David van Reybrouck, der sich mit dem Thema ausführlich beschäftigt, schreibt: „Das ist also die Entwicklungsgeschichte unseres Wahlfundamentalismus: Das Losverfahren, das demokratischste aller politischen Instrumente, musste im 18. Jahrhundert gegenüber Wahlen den Kürzeren ziehen; Wahlen waren jedoch nie als demokratisches Instrument ge-

dacht gewesen, sondern als Verfahren, um eine neue, nicht-erbliche Aristokratie an die Macht zu bringen. Durch die Ausweitung des Wahlrechts wurde dieses aristokratische Verfahren gründlich demokratisiert, ohne auf den fundamentalen, oligarchischen Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Politikern und Wählern zu verzichten.“

GEGEN DAS TINA-PRINZIP: ZURÜCK AUF LOS

Das sogenannte tina-Prinzip steht für „there is no alternative“. Zu Beginn der Wirtschaftskrise am Ende der Nullerjahre sind wir diesem starren Gesetz der Alternativlosigkeit schon einmal begegnet. Nicht nur die Wirtschaftspolitik kennt diesen vermeintlichen Grundsatz, sondern auch andere Politikfelder. Beispiel internationale Diplomatie: Vom Krieg zerstörte Länder, seien es nun der Irak, Afghanistan, Osttimor, die Liste ist länger, bekommen solidarische Hilfen nur gegen Zusagen, „westliche“ Modellvorstellungen, die den Demokratieaufbau

betreffen, ebenfalls umzusetzen. Das jeweilige Modell sieht immer ähnlich und gleichzeitig sehr konkret aus. Unter dem Stichwort „freie und unverfälschte Wahlen“ geht es um Wahllisten, Wahllokale, Wahlurnen, Koalitionsbildung, Wahlzettel usw.

Die Hilfe wird dagegen oft genug verweigert, wenn Vorstellungen der örtlichen Bevölkerung eingefordert werden, die durchaus demokratischen Standards genügen, aber halt nicht die westlichen sind: Einbeziehung lokaler demokratischer Institutionen, traditionelle Konfliktvermeidung, alte tradierte Rechtsprechung, Dorfversammlungen etc. Dass Wahlen nach westlichen Standards sogar mitunter große Schäden wie Gewalt, ethnische Spannungen, Korruption und Kriminalität hervorbringen können, wird schlichtweg ignoriert. Hauptsache, der Glaube an die heilige Kuh Wahlen wird nicht hinterfragt.

Nun ist nicht zu leugnen, dass Wahlen zumindest in unserem Kulturbereich in den vorigen gut zwei Jahrhunderten recht

gut funktioniert haben. Das sollte aber nicht verhindern, eine mehr oder weniger gute Methode zur demokratischen Willensbildung weiterzuentwickeln oder durch andere Mechanismen zu ergänzen, wenn sich der zeitgeschichtliche Kontext ändert. Eine Möglichkeit wäre das oben angesprochene Losverfahren.

Da dieser Themenkomplex ein weites und auch größtenteils unerforschtes Feld und hier nur angerissen ist, sei an dieser Stelle auf die nächste Ausgabe der Spere verwiesen, es folgt zum Thema also ein zweiter Beitrag. ■

Anmerkung:
Die Grundidee, die Gedanken und viele Argumente dieses Artikels sind dem Buch „Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist“ von David van Reybrouck entnommen.



www.von-olberg.de

Robert von Olberg

Für Solidarität und Zusammenhalt:
Bürgerversicherung, soziales
Europa und Willkommenskultur.

SPD

Warum auch Arbeitnehmer*innen und Erwerbslose mit der Alternative für Deutschland nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren haben

Von Robert Martschinke – Fotos: Agneta Becker

Weniger als nichts

Auch Erwerbslose und Geringverdiener*innen haben bei der Landtagswahl im Mai die selbsternannte Alternative für Deutschland, kurz AfD, gewählt und werden dies wohl auch bei der anstehenden Bundestagswahl im September tun. Aus welchen Gründen auch immer. Indes: Eigeninteresse kann das Motiv nicht sein, wie ein Blick ins Wahlprogramm* der neuen Partei zeigt.

Diese macht nämlich – entgegen der Reklameslogans von Gauland, Petry, Weidel & Co. – keineswegs Politik für die „kleinen Leute“. Im Gegenteil: Wer So-

zialleistungen bezieht oder mit seinem Lohn gerade so über die Runden kommt, hat sogar allen Grund, sich vor der AfD zu fürchten. Das zeigen beispielhaft die Aussagen des AfD-Wahlprogramms zu folgenden fünf Themen:

1. MINDESTLOHN

Die AfD „befürwortet“ zwar einen gesetzlich verankerten Mindestlohn für Arbeitnehmer*innen (Wahlprogramm, Kapitel 10.3), hütet sich aber, eine konkrete Zahl zu nennen. (Die Partei „Die Linke“ etwa fordert dagegen klipp und klar zwölf Euro – mindestens.) Hier-

bei geht es der AfD allerdings keineswegs um eine gerechtere Entlohnung der Arbeitnehmer*innen, um eine angemessene Wertschätzung der individuell geleisteten Arbeit, sondern lediglich darum, eine – wortwörtlich – „sehr bescheidene Altersversorgung“ zu gewährleisten, damit Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter nicht per Sozialleistungen von „der Gesellschaft“ unterstützt werden müssten. Außerdem soll der nicht festgelegte Mindestlohn, der somit durchaus auch niedriger als der aktuelle ausfallen könnte, die Empfänger*innen zum Kindermachen animieren. Wie bitte? Niedrigstlohn als Aphrodisiakum, damit in Zukunft möglichst noch mehr Kinder in Armut aufwachsen? Die AfD hält ihre (potenziellen) Wähler offenbar für ziemlich pervers – oder schlichtweg für blöd.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, die bereits seit Jahren diskutiert wird, wird im AfD-Programm überhaupt nicht erst in Betracht gezogen.

2. LEIH- UND ZEITARBEIT

Die AfD fordert „eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen.“ (Kapitel 10.3) Von solchen Verhältnissen sind wir glücklicherweise noch weit, weit entfernt. (Und bleiben es hoffentlich auch: Derzeit sind immerhin schon „knapp vier Prozent“ aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Leih- bzw. Zeitarbeiter*innen. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken an die Bundesregierung hervor.)

Wer Sozialleistungen bezieht oder mit seinem Lohn gerade so über die Runden kommt, hat allen Grund, sich vor der AfD zu fürchten.



*Gleicher Lohn, gleiche Rechte
für Frauen bei der rechtspopulis-
tischen Partei? Pustekuchen!*

Im Endeffekt hätte die AfD also nichts dagegen, wenn jede(r) sechste bis siebte Arbeitnehmer*in in Deutschland als Mietmalocher*in bei einem sogenannten Personaldienstleistungsunternehmen angestellt wäre. Dies würde eine weitere, massive Ausweitung des Niedriglohnsektors bedeuten, inklusive aller hinlänglich bekannten fiesen Folgen.

Dazu passt allerdings, dass die AfD generell für weitestgehende Deregulierung in der Wirtschaft eintritt. (10.5) Deregulierung bedeutet nichts anderes als noch mehr Macht und Freiheit für Arbeitgeber wie Staat gegenüber Arbeitnehmern, also noch weniger Macht und Freiheit für Letztere. Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, auf wessen Seite die AfD beim Verteilungskampf Arm gegen Reich steht. Was an dieser Zuspitzung bereits bestehender unsozialer Verhältnisse alternativ sein soll, bleibt ihr Geheimnis.

3. UND DIE ERWERBSLOSEN?

Bei von Arbeitsagentur bzw. Jobcentern getragenen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von Erwerbsarbeitslosen plädiert die AfD derweil für eine „bedarfsangepasste Qualifizierung“, und zwar „in enger Abstimmung insbesondere mit der mittelständischen Wirtschaft“ (10.4). Im Klartext: Eine berufliche Um- oder Weiterbildung findet bestenfalls noch statt, wo es ausreichend freie, zu besetzende Stellen gibt. Das berufliche Interesse, die Neigungen und Talente der/des Erwerbslosen spielen keinerlei Rolle. Man/frau soll nur noch das können und wissen, was vom Arbeitgeber gewinnbringend verwertet werden kann. Insbesondere für Menschen, die – sei es, weil sie alleinerziehend sind, sei es aus gesundheitlichen Gründen – dem „Arbeitsmarkt“ nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, bedeutet dies eine weitere radikale Verschlechterung ihrer Chancen auf einen erträglichen, halbwegs einträglichen Job.

Arbeitslosengeld I und II (ALG I und ALG II) finden nirgendwo im Parteiprogramm Erwähnung. Es besteht jedoch keinerlei

Grund zu der Annahme, dass die AfD an den Rahmenbedingungen – Höhe der Regelsätze, Bezugsdauer, Sanktionsregime der Jobcenter – irgendetwas zu ändern gedenkt. Und wenn, dann keinesfalls zugunsten der Betroffenen.

4. DIE GROSSE „STEUERREFORM“

Steuern dienen der sozial verträglichen Umverteilung und bilden die finanzielle Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Staates. Die AfD fordert eine große „Steuerreform“. Wie die allerdings aussehen soll, wird komplett verschwiegen. Zwar plädiert man für Steuersenkungen sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber, sagt aber weder, in welchem Umfang noch, wie der Steuerausfall finanziell aufgefangen werden soll. Eins jedoch steht felsenfest: Erbschaft- und Vermögensteuer – unverzichtbare Elemente, um die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben wenigstens zu entschleunigen – lehnt die AfD kategorisch ab. (10.1) Große Vermögen werden verschont bzw. dürfen unbegrenzt weiter anwachsen. Generation um Generation.

5. FRAUEN? – PUSTEKUCHEN!

Was man bei der AfD von Emanzipation und geschlechtlicher Gleichberechtigung hält, ist hinlänglich bekannt. Frauen gehören zu Hause an den Herd und ins Bett, damit sie möglichst viel Nachwuchs produzieren (s. o.), den sie dann unentgeltlich, weil ohne Entlohnung, zu zukünftigen Arbeitnehmer*innen heranziehen. Frauen, die als Arbeitnehmerinnen Geld verdienen (müssen), steht daher nach Ansicht der AfD auch nicht derselbe Lohn wie den männlichen Kollegen zu. So dumm, dies ausdrücklich zu fordern, ist man zwar nicht, jedoch spricht sich die Partei explizit beispielsweise gegen den Equal Pay Day aus, an dem jährlich die Forderung nach geschlechterübergreifender Lohngerechtigkeit erneuert wird, was letztendlich auf Dasselbe hinaus läuft: Gleicher Lohn, gleiche Rechte für Frauen bei der rechtspopulistischen Partei? Pustekuchen! (7.5)



FAZIT

Wo die AfD Macht, Hoheit und Kontrolle ausübt, haben auch Arbeitnehmer*innen, besonders im Niedriglohnsektor, „Geringqualifizierte“ und Erwerbslose noch weniger zu lachen als jetzt schon. Keine verbindliche Aussage zum Mindestlohn, kein Ende der Benachteiligung von (arbeitenden) Frauen, keinerlei Erleichterungen für Transferleistungsbezieher*innen. Stattdessen Stärkung der Macht von Arbeitgeber*innen, Banken, Kapital und Industrie, eine ausdrückliche Befürwortung der Ausweitung des Niedriglohnsektors mit seinen unsicheren Beschäftigungs-



CHANCE e.V.

SEIT 25 JAHREN

www.chance-muenster.de

Möbel und Trödel

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

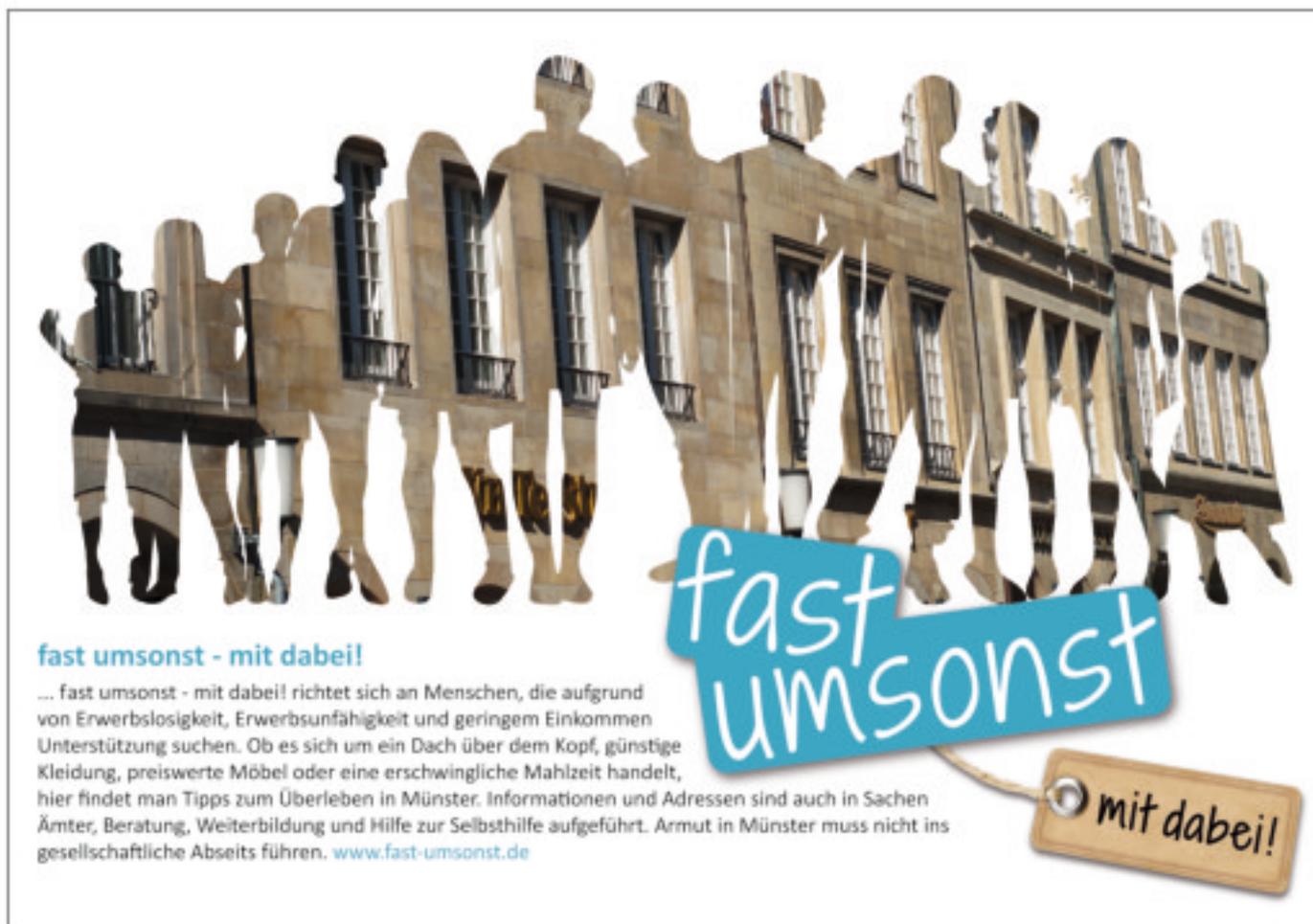
Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo.-Fr.: 9.30-19.00 Uhr, Sa.: 9.30-16.00 Uhr

Weniger als nichts

verhältnissen. Ebenso ausdrücklich akzeptieren die Rechtspopulisten die sich daraus ergebende massenhafte Altersarmut, massive Kürzungen bei Weiterbildungen und Umschulungen für Arbeitnehmer*innen und Erwerblose. Dazu kommen massive Kürzungen im öffentlichen und sozialen Sektor zugunsten von Steuererleichterungen primär für diejenigen, die keine Ahnung haben, was es heißt, vorm Monatsende ohne Geld dazustehen.

Wer beabsichtigt, diese Partei in den Bundestag zu wählen, sollte sich der möglichen Folgen bewusst sein. Wer es dennoch tut, handelt letztlich gegen die eigenen politischen, sozialen und nicht zuletzt seine handfesten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen. Aus welchen Gründen auch immer. ■

* Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln, online abrufbar unter:
www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilenummern-1.pdf



fast umsonst - mit dabei!

... fast umsonst - mit dabei! richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, preiswerte Möbel oder eine erschwingliche Mahlzeit handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen. www.fast-umsonst.de

fast umsonst

mit dabei!

Reiches Deutschland... ...arme Rentner

Haben Sie auch den Aufschrei in den Medien gehört, als Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles so ganz nebenbei die von der großen Koalition vereinbarte Lebensleistungsrente fallen ließ? Also die Rente, die gezahlt werden soll, wenn nach einem langen Arbeitsleben das Geld im Alter nicht ausreicht. Nein? Kein Wunder, diesen Aufschrei gab es auch gar nicht. Wenn es um Altersarmut geht, lautet in unserer Qualitätspresse Vernebeln und Beschwichtigen die Parole.

Von Norbert Attermeyer – Fotos Agneta Becker

Eine ungewöhnliche Ausnahme gab es im Vorjahr an Heiligabend. Da berichtete die Tagesschau passend zum Weihnachtfest, dass jede*r Zweite heute so wenig verdiene, dass im Alter mit einer Rente unterhalb der Grundsicherung gerechnet werden müsse. Jede*r Zweite, wohlgemerkt! Auch die OECD, die europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat Deutschland in der Vergangenheit wiederholt angemahnt, endlich etwas gegen diese bedenkliche,

auf uns zurollende Entwicklung zu unternehmen. Allein, es geschieht nichts. Jens Spahn, CDU-Bundespolitiker aus dem Münsterland und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, erklärte jüngst im *Morgenmagazin*, dass er erst einen Handlungsbedarf in 40 Jahren sehe. Dabei ist das Problem jetzt schon sichtbar. Bereits in den letzten elf Jahren hat sich die Anzahl der Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter verdoppelt. Die Zahl der erwerbsgeminderten Rentner*innen stieg gar um 170 Prozent. 3,5 Millionen Menschen beziehen heute in Deutschland eine Rente an der von der EU definierten Armutsgefährdungsschwelle. Drastische Zahlen schon heute, für eine Problematik die angeblich erst in vier Jahrzehnten relevant wird? Tatsache ist, das Thema Altersarmut droht in Zukunft den gesamtgesellschaftlichen Zusam-

menhalt zu gefährden. Und es muss heute gehandelt werden. Die althergebrachte Rente funktioniert heute so nicht mehr.

Eines der Hauptprobleme dabei: Unser Rentensystem geht von einem Erwerbsleben aus, welches inzwischen immer weniger die Regel ist – die durchgängige Vollzeitbeschäftigung nämlich. Die Rente bemisst sich nicht in erster Linie an dem Nettogehalt, sondern nach sogenannten Rentenpunkten. Aktuell gibt es einen Rentenpunkt bei einem Jahresverdienst von 37.105 Euro brutto. Dabei ist das befristete und oft teilzeitbasierte Erwerbsleben schon eher die Regel geworden. Oft genug verbunden mit beruflichen Umbrüchen (Stichwort: lebenslanges Lernen) und unterbrochen mit Zeiten der Arbeitslosigkeit. Zu den veränderten Erwerbsbiographien kommen zusätzliche Belastungen für die gesetzliche Rente, etwa die sogenannten beitragsfremden Leistungen. Dazu zählen beispielsweise die zusätzlichen Rentenansprüche aufgrund der Wiedervereinigung. Da der damalige Kanzler Helmut Kohl Anfang der 1990iger-Jahre



eine Steuererhöhung aufgrund der Wiedervereinigung ausschloss, mussten die Beitragszahler ran. Dabei wäre es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gewesen, vom Millionär bis zum Beamten, für die neuen Renten aufzukommen. Aber der Griff in die Kasse der Beitragszahler war da einfach bequemer. Tut ja auch erst mal nicht so weh. Hauptsache keine Steuererhöhung. Mit einem Zuschuss zur Rentenversicherung versucht der Bund zwar den verursachten Schaden auszugleichen. Doch dieser Zuschuss fällt in der Regel deutlich geringer aus als die bestellten Mehrausgaben.

Zu guter Letzt musste unser Rentensystem die Einführung von Hartz IV verkraften, das bekannteste und um-

strittenste Element der Agenda 2010. Am 28. Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos lobte Ex-Kanzler Gerhard Schröder sich noch selbst dafür: „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt... Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei den Unterstützungszahlungen Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“

Mittlerweile arbeiten zwischen sieben und acht Millionen Menschen im Niedriglohnbereich. Tendenz steigend. Aber Niedriglohn ist Rentenlohn. Und wenn diese Menschen ins Rentenalter kommen, werden sie eine ganz außergewöhnliche sozialpolitische Sprengkraft entwickeln. Spätestens dann dürfte ernsthaft bezweifelt werden, dass

die Bundesrepublik noch ein sozialer Bundesstaat ist, so wie Artikel 20 des Grundgesetzes es vorschreibt.

PRIVAT IST BESSER ALS STAAT?

Zudem wurde die Rente zu jener Zeit einer rosskurgleichen Privatisierung unterzogen. Riester-Rente, Rürup-Rente und die Absenkung des Rentenniveaus wurden gesetzlich eingeführt. Der Hintergrund: Aufgrund des demographischen Wandels – weniger Beitragszahler, mehr Rentner spätestens in 50 Jahren – wurde die Rente als so nicht mehr finanzierbar eingestuft. Die Lösung: Die umlagefinanzierte Rente wird teilweise privatisiert. Weil, so dachte man damals, Privat sei immer besser als der Staat. Und damit dies auch so funktioniert, wurde durch Absenkung des Rentenniveaus der Druck für eine private zusätzliche Vorsorge erhöht. Und diese private Vorsorge ließ der Staat sich auch etwas kosten. Für den/die Arbeitnehmer*in zumindest in der Theorie. Für den Versicherer auf jeden

„...der Griff in die Kasse der Beitragszahler war da einfach bequemer.“



Reiches Deutschland... ...arme Rentner

Fall in der Praxis. Verbraucherorganisationen haben wiederholt kritisiert, dass der wesentliche Teil der staatlichen Zuschüsse bei den privaten Versicherern landet und nicht bei den Versicherten.

Die Männerfreundschaft von Gerhard Schröder und Carsten Maschmeyer (ehemaliger Entwickler und Chef der AWD-Versicherungen) wurde in diesem Zusammenhang schon oft angeführt. Maschmeyer hat sich an der Finanzierung von Schröders Wahlkampf beteiligt („Ein Niedersachse muss Kanzler werden“) und die spätere Einführung der Riesterrechte machte die Beziehung zu Schröder zu einer regelrechten Win-Win-Situation. Laut *Stern* hat Carsten Maschmeyer, als er noch die AWD führte, zwei Millionen Euro für die Rechte an Schröders Autobiographie überwiesen. Dies aber nur am Rande. Die Zeche zahlen die Menschen, die in ihren Billigjobs keinen Cent für die zusätzliche Altersvorsorge erübrigen können. Am Ende bleibt nur noch der Weg in die Grundsicherung.

ES GEHT AUCH ANDERS

Dabei wäre diese Entwicklung gar nicht nötig. Das Beispiel Österreich zeigt, dass es auch anders geht. In Österreich liegt die Durchschnittsrente um 800 Euro höher als in Deutschland. Und – die Rentenzahlung findet 14-mal im Jahr statt. Weihnachten und der Sommerurlaub wollen berücksichtigt werden. Kritiker sagen aber, dass dafür die Arbeitnehmer*innen in Österreich tiefer in die eigene Tasche greifen müssten. Das stimmt und stimmt doch nicht. Denn die Beiträge zur Rentenversicherung in Österreich liegen gerade einmal um 0,9 Prozent über dem Niveau in Deutschland. Nun werden sich viele fragen, wie haben die Österreicher das gemacht?

Die haben doch auch den sogenannten demografischen Wandel. Die haben doch auch bei der Rente das alte Umlagesystem. In Österreich zahlen doch auch die heutigen Arbeitnehmer*innen für die heutigen Rentner*innen. Die verblüffende Antwort lautet: Eigentlich haben sie gar nichts gemacht. Österreich hat aber anders als Deutschland das Umlagesystem gestärkt, statt es abzubauen und für die Privatisierung zu öffnen.

Konkret zahlen in Österreich jetzt alle in die gesetzliche Rente ein. Auch Beamte und Selbständige. Auch Millionäre. Und man kam glücklicherweise nicht auf die aus heutiger Sicht regelrechte Schnapsidee, die Rente den privaten Versicherern anzudienen. Kein Riester, kein Rürup. Denn, bei allem Verständnis für den freien Markt: Private Versicherer sind keine Wohlfahrtsunternehmen. Die Vorstandsgehälter wollen bezahlt werden und die Versicherungspaläste wollen unterhalten werden. Kurzum, Private wollen Gewinne machen.

Dass die Privatisierung letztlich oft teurer und ineffektiver ist, hat der Bundesrechnungshof ein ums andere Mal nachgewiesen. So sind die Ausgaben nur für die Verwaltung bei den Privaten bis zu dreimal höher als bei der staatlichen Rentenversicherung. Allein, es kommt an der entscheidenden Stelle, im Bundestag nämlich, nicht an. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Abgeordneten des Bundestags in der Regel gar nicht dem gesetzlichen Rentensystem angehören. Eine gewisse Ferne zum System und zum Problem ist wohl auch nö-

tig, um weiterhin die schon längst gescheiterte Privatisierung der Rente voranzutreiben. Die im Juni beschlossene Reform der Betriebsrente ist dafür ein gutes Beispiel.

NICHT NUR IN ÖSTERREICH

Das alte Rentenumlagesystem hat zwei Weltkriege überlebt. Die neoliberale Politik der jüngsten zwanzig Jahre haben ihm aber arg zugesetzt. Dabei ist es nicht nur der Blick nach Österreich, der zeigt, dass es auch deutlich besser geht. So haben Wissenschaftler der OECD die zukünftig zu erwartenden Nettorenten mit den Nettolöhnen verglichen und so eine „Nettoersatzquote“ entwickelt. Diese Zahlen sind bemerkenswert. Die Nettoersatzquote für Österreich beträgt sagenhafte 91,6 Prozent. Im Durchschnitt der EU-Staaten sind es immerhin noch 70,9 Prozent. Nur für Deutschland beträgt sie gerade einmal 50,0 Prozent. Ausgerechnet das wirtschaftlich stärkste Land innerhalb der EU, das sich doch so viel auf seinen Sozialstaat einbildet, geht gerade zu schäbig mit seinen Rentnerinnen und Rentnern um. Aber uns geht's ja noch gut, sagt die Regierung.

Sagen Sie Ihren Abgeordneten doch mal: Wir wissen, dass Deine Rente sicher ist. Das ist ja auch gut so. Aber jetzt tue auch mal was für unsere Rente! ■

*In Österreich liegt die Durchschnittsrente um
800 Euro höher als in Deutschland.*

Armes reiches Land

Zur Vermögensverteilung in Deutschland



Zu keiner Zeit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren die Vermögensverhältnisse im Land so unausgewogen wie heute. Die viel zitierte „Schere zwischen Arm und Reich“ ist mittlerweile fester Bestandteil der deutschen Umgangssprache. Politische Instrumente, um diese so asoziale wie gefährliche Entwicklung zumindest zu bremsen, stehen seit jeher zur Verfügung. Man müsste sie nur anwenden.

Von Robert Martschinke – Fotos: Agneta Becker

Die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Vermögens in der BRD wird erst seit knapp 30 Jahren mehr oder minder systematisch untersucht und erfasst. In den ersten Jahrzehnten der Republik zielte die Politik – Stichwort Soziale Marktwirtschaft – darauf ab, den Wohlstand für alle im gleichen Maße zu vergrößern. Damit entstand die sogenannte Mittelschicht. Es gab wie überall ein paar stinkreiche Bürger wie bettelarme Arbeiter, aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lag ziemlich mittig zwischen diesen Extremen.

ES WAR EINMAL ...

Bis Ende der 1980er-Jahre wurde diese Politik, die staatliche Regulierung der heimischen Wirtschaft zugunsten eines, wenn auch bescheidenen, Wohlstands, für alle beibehalten, UdSSR und DDR sei tausend Dank. Hätte eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in breiten Kreisen der bundesdeutschen Bevölkerung während des „Kalten Krieges“ doch Zweifel am Heil im Kapitalismus und womöglich Sympathien für Sozialismus und Kommunismus beflügelt? Diese Entwicklung galt es im Westen des geteilten Landes unter allen Umständen zu vermeiden. So hatte wenigstens der Kalte Krieg in diesem Fall sein Gutes. Zumindest in der alten Bundesrepublik.

DIE ENTSTEHUNG DES PREKARIATS

Dann schlug die Geschichte zu. Die Sowjetunion zerlegte sich selbst, die BRD kaufte die DDR vom Grabbeltisch, der Kommunismus war plötzlich ein (schein)toter Witz der Geschichte und der Kapitalismus tatsächlich für einen geschichtlichen Moment alternativlos. Er nutzte die Gunst der Stunde und setzte brutal und unaufhaltsam seine Globalisierung in Gang. Die kam zurück nach Deutschland in Form von Gerhard Schröders Agenda 2010 – so ziemlich in allen Punkten das genaue Gegenteil von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft. Schröders Großtat machte in wenigen Jahren die BRD zum Niedriglohnparadies für Arbeitgeber und Investoren, während die Einkommen weiter Kreise der Bevölkerung ins Bodenlose sanken. Die einst als staatstragend angesehene Mittelschicht begann zu schrumpfen, wer rausfiel, füllte ein neues Millionenheer von Erwerbslosen und Niedriglöhner*innen – das „Prekariat“.

Die Agenda 2010: Abbau von Arbeitsrechten zugunsten der Unternehmer*innen, Ausbau des Billiglohnssektors und der Leiharbeit, was einen „Arbeitsmarkt“ generierte, auf dem menschliche Arbeitskraft und Kreativität sprichwörtlich ver-

ramscht wurden und werden. Arbeiter*innen, die sich solcher Erniedrigung und Ausbeutung nicht beugen wollen, werden per „Sozialgesetzgebung“ mit Sanktionen durch die Jobcenter so lange bedroht und bestraft, bis sie gehorchen und jeden noch so miesen Job annehmen. Oder wohnungslos auf der Straße landen und um Essen betteln. Während die Zahl der Millionäre Jahr für Jahr ebenso zunimmt wie deren Vermögen.

STROHFUEHER

Als Martin Schulz Anfang des Jahres 2017 als SPD-Kanzlerkandidat antrat, war kurzzeitig wieder appellativ von der sich immer weiter spreizenden „Schere zwischen Arm und Reich“ die Rede. Ausgerechnet Schröder- und Agenda-Fan Schulz versprach vollmundig Abhilfe. Als schließlich im April der Armuts- und Reichtumsbericht der aktuellen Regierung unter der Überschrift „Lebenslagen in Deutschland“ herausgegeben wurde, sorgten vor allem eine Handvoll gestrichener Passagen für Schlagzeilen. Die skandalösen Zahlen wurden verschämt totgeschwiegen oder blumig aufgehübscht. Mittlerweile ist das Thema weitgehend von der Tagesordnung verschwunden. Die innere Sicherheit geht nun vor.

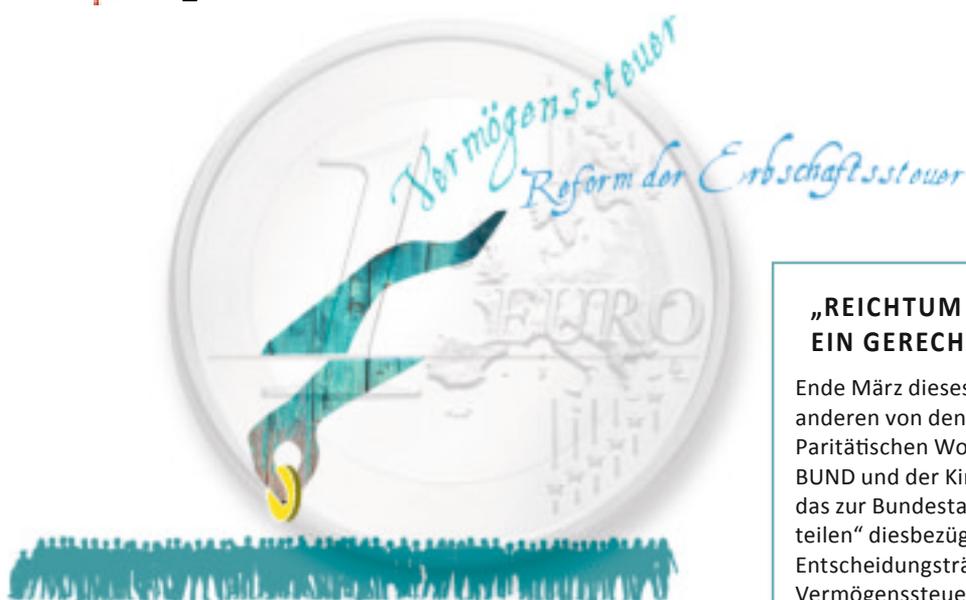
„Mehr als jedes fünfte Kind wächst in staatlich anerkannter Armut auf“

In der BRD gibt es laut Forbes-Liste mittlerweile mehr als eine Million Millionäre. Rund jeder achtzigste Deutsche besitzt also gegenwärtig mindestens so viel, dass eine Hartz-IV-Empfängerin mehr als 2400 Jahre davon leben könnte bzw. müsste, legt man den gegenwärtig geltenden Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen zugrunde.

OBSZÖNE VERHÄLTNISSE

Die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. Das reichste Prozent immer noch über mehr als ein Drittel. Das reichste Promille, also eine(r) unter Tausend, noch über beinahe ein Viertel. Die oberen fünf Promille verfügen über genau so viel Vermögen wie die unteren 90 Prozent. Und umgekehrt.

Nur abstrakte Zahlen? Mehr als jedes fünfte Kind wächst in staatlich anerkannter Armut auf. (Was das konkret bedeutet, hat Lisa Liesner in der letzten Sperre-Ausgabe anschaulich dokumentiert.) Mehr als vier Millionen Erwachsene sind pri-



vat überschuldet. Also mehr als nur pleite. Zehntausende sind nicht krankenversichert, weil sie es sich schlicht nicht leisten können und sonst keiner für sie zahlt. „Wer arm ist, hat zunehmend weniger Aussichten, aus dieser sozialen Lage wieder aufzusteigen“, so Rolf Rosenbrock vom Paritätischen Gesamtverband anlässlich des Jahresgutachtens 2017 zur sozialen Lage in Deutschland gegenüber junge welt. „Die Zeiten des Vorwärts in der sozialen Entwicklung sind Geschichte. Es droht tatsächlich die Abstiegs-gesellschaft zur Realität zu werden.“ Seit 1997 hat sich der Anteil derjenigen, die in verfestigter Armut leben, auf annähernd zehn Prozent der Bevölkerung verdoppelt.

DEFENSIVWAFFE VERMÖGENSSTEUER

Dabei stehen durchaus Mittel zur Einebnung der krassen materiellen Ungleichheit bereit. Die Vermögenssteuer ist – anders als Merkel (CDU), Schulz (SPD) und Lindner (FDP) es gern hätten – keine Wahnidee der Linkspartei. Die Steuer gab’s schon mal. Dass sie das Land ruiniert hätte, ist nicht bekannt. Die Vermögenssteuer wurde in Westdeutschland bis 1997 erhoben. (Die angeschlossene Ex-DDR blieb gleich ganz befreit.) Das Prinzip: Wer über mehr als einen bestimmten Betrag – sagen wir eine Million Euro – verfügt, zahlt von dem, was er oder sie darüber hinaus besitzt, einen prozentualen Anteil als Steuer. Die Vermögenssteuer ist wie die Erbschaftsteuer im Grundgesetz Artikel 106, Absatz 2 ausdrücklich vorgesehen, in der Einsicht, dass die Vermögensungleichheit in der Gesellschaft „ein gewisses Maß nicht überschreiten darf, sonst geht sie über in Unfreiheit“, wie der damalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde 1997 feststellte.

Die Vermögenssteuer wurde 1997 nicht aufgehoben oder abgeschafft, sondern lediglich ausgesetzt. Sie könnte jederzeit wieder erhoben werden. Die einzige politische Partei, die sich auch im nächsten Bundestag hierfür einsetzen will, ist indes die Linke.

DEFENSIVWAFFE ERBSCHAFTSSTEUER

In Deutschland wurden allein im vergangenen Jahr fast sechs Billionen Euro vererbt, das Anderthalbfache des gesamten Bruttosozialprodukts. Es wird also permanent wesentlich

„REICHTUM UMVERTEILEN - EIN GERECHTES LAND FÜR ALLE!“

Ende März dieses Jahres hat sich mit Beteiligung unter anderen von den Gewerkschaften ver.di und IG Metall, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, des Umweltverbandes BUND und der Kirchen ein breites Aktionsbündnis formiert, das zur Bundestagswahl unter dem Motto „Reichtum umverteilen“ diesbezügliche Maßnahmen von den politischen Entscheidungsträgern fordert, etwa die Erhebung einer Vermögenssteuer sowie eine Reform der Erbschaftssteuer. Allein: Als besonders aktiv in Erscheinung getreten ist der prominent besetzte Verbund bisher nicht, sieht man von einer breit angelegten, öffentlichkeits- und medienwirksamen Pressekonferenz zur Vorstellung des Bündnisses und der Beteiligten vor einem halben Jahr ab.

Seitdem wird online munter um weitere Unterstützer geworben. Ansonsten – das zeigt ein Blick in den ebenfalls online veröffentlichten „Terminkalender“ – passiert leider herzlich wenig. Keine Großdemonstration, kein wiederholter öffentlicher Appell an die Entscheider in den Parlamenten, keine Medienpräsenz, nichts.

Bleibt zu hoffen, dass sich das Ganze nicht lediglich als großkonzertierte PR-Aktion für die Bündnispartner selbst im Fahrwasser der Bundestagswahl entpuppt. rm

www.reichtum-umverteilen.de

mehr vererbt als erwirtschaftet. Mehr als die Hälfte unserer Milliardäre in der BRD sind Milliardäre durch Erbschaft. Das System der Besteuerung dieser Erbschaften ist allerdings ein Witz. Millionen- und Milliardenvermögen werden vorwiegend in Form von Immobilien und Unternehmen vererbt. Diese wiederum werden steuerlich weitestgehend verschont.

„Eigentum verpflichtet“, heißt es in Artikel 14, Absatz 2 Grundgesetz, „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Frage sollte erlaubt sein, ob die herrschenden, allzu oft obszönen Besitzverhältnisse und die Weigerung der scheidenden wie wohl auch der kommenden Regierung, dagegen etwas zu tun, nicht einen Verstoß gegen das Grundgesetz, kurz: einen Verfassungsbruch darstellen.

LUDWIG ERHARD RELOADED

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Links-Partei im Bundestag, musste sich schon bei ihrer vorletzten Buchveröffentlichung („Freiheit statt Kapitalismus“) vor einigen Jahren vom Spiegel anhören, sie habe ja in weiten Teilen bei Ludwig Erhard geschrieben. Und auch das Programm ihrer Partei zur Bundestagswahl hat nicht viel von Sozialismus, der den Namen verdient, aber eine Menge von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft – bedingungsloses Grundeinkommen für alle inklusive.

Dorthin zurück wäre gegenwärtig ein gewaltiger Schritt vorwärts. ■

Wenn die Rüstungsindustrie **betteln** müsste ...

... dann wäre die Welt einen großen Schritt weiter

Der Anlass für diese Zeilen sind zwei Fernsehmeldungen von ein und demselben Tag. Zum einen berichtet die ARD, dass die Geberkonferenz für das von Hunger bedrohte Somalia die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht hat. Die avisierte Summe an Hilfsgeldern sei deutlich unterboten worden, nur ein Drittel der notwendigen 1,5 Milliarden Euro sei sicher. Gleichzeitig habe die deutsche Bundesregierung beschlossen, so heißt es in der anderen Meldung, den Rüstungsetat um 17 Milliarden Euro aufzustocken.

Was nun Somalia betraf, das nun vor der „größten Hungerkatastrophe der jüngeren Geschichte steht“, so empfahl der ARD-Moderator uns Zuschauern, doch fleißig zu spenden.

Genau an dieser Stelle ging mir der Puls hoch. Warum müssen wir spenden, wenn doch augenscheinlich genug Geld da ist, um diese Katastrophe gleich zehnmal zu bewältigen. Und es tauchte die einfache Frage auf, wie es denn wäre, wenn wir die Ausgaben für die Entwicklungshilfe und Hungerkatastrophen einfach mal als gesetzt nehmen würden. Zu Neudeutsch: als Must-have. Und wir einmal die Anderen auf Spendentour schicken würden. Mal den militärischen Block. Die zig Milliarden zusätzlich für die Waffenindustrie werden ab sofort einfach gestrichen.

Aber dann kann die Rüstungslobby gerne sammeln gehen: in Fußgängerzonen oder auf Charity-Veranstaltungen. Sie kann auch Werbespots schalten. In etwa so: „Dies ist Herbert. Eine Spende von 1000 Euro hat ihm geholfen. Jetzt hat er sein neues Sturmgewehr für Afghanistan. Und schon bald kann es losgehen. Helfen Sie mit! Helfen Sie schießen! Diese süße kleine Tellermine können Sie auch mit Ihrem Namen versehen lassen. Nur noch 500 Euro und dieser Panzer rollt los ...“ Das zusätzliche Einsatzpersonal könnte über ein freiwilliges Rüstungsjahr rekrutiert werden. Eine verdienstvolle Tätigkeit im Dienste der Waffenindustrie würde dem Ehrenamt zu ganz neuem Glanz verhelfen.

Seien wir ehrlich: Diese Art der „Rüstungs-Charity“ würde aller Voraussicht nach ein handfester Flop. Was aber nur deutlich erkennen ließe, wo-

für die Menschen in diesem Land das Geld wirklich gerne ausgäben. Für einen Bundeshaushalt mit Herz und Verstand eben. Und das Land würde durch die steigenden und garantierten Ausgaben in der Entwicklungshilfe seiner Verantwortung für die Staatengemeinschaft endlich gerecht.

Oder noch besser: Die Entwicklungshilfe würde ihrem Namen gerecht. Und wenn andere Länder sich wirtschaftlich entwickeln, dann fänden Menschen in der sogenannten Dritten Welt ein Auskommen und flüchteten auch weit seltener, nach Europa beispielsweise. Wovor sollten sie auch fliehen? Denn kriegerische Auseinandersetzungen könnten weit weniger stattfinden. Ein Problem gäb's dann allerdings schon: Waffenmangel. Aber damit könnten wir wahrscheinlich ganz gut leben – außer die Rüstungsindustrie.

Sicher, eine einfache und zugegeben naive Vorstellung. Zumindest heute. ■

Eine Glosse von Norbert Attermeyer



Arbeitssuchende dringend gesucht

Das Jobcenter Münster leidet unter Personalmangel und die
ALG-II-Empfänger*innen leiden mit

Von Robert Martschinke - Fotos Agneta Becker



nicht oder ob anderweitige, mitunter als Schikane empfundene „Maßnahmen“ mehr oder minder willkürlich zur Anwendung kommen, scheint Bierstedt dabei weit weniger Kopfzerbrechen zu bereiten. Jedenfalls weniger als die Aussicht, dass angesichts der internen Missstände das strahlende Image seiner Behörde angekratzt werden könnte.

„Das finde ich schon sehr schäbig“

Ende Mai haben die Online-Rechercheplattformen Correctiv und BuzzFeed News ermittelt, dass manche Jobcenter ihre Klientel bis zu zehnmal häufiger sanktionieren als andere. „Wir reden ja nicht davon, dass die Leute viel Geld haben. Sondern denen wird von dem Nichts, was sie haben, noch was weggenommen“, betont Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Partei Die Linke, die die ersatzlose Abschaffung der Sanktionspraxis in ihrem Programm zur Bundestagswahl fordert. „Gerade bei jungen Menschen passiert es, dass sie dann unter der Brücke schlafen oder sich bei Freunden was zu essen holen – das zu verursachen, finde ich

Während Münsters „Qualitätspresse“ am letzten Juni-Wochenende die Wiedereröffnung des renovierten Hauptbahnhofs lang und breit abfeierte, ging eine andere Meldung im hinteren Lokalteil unter. „Münsters Jobcenter hat ein Personalproblem“, berichteten Westfälische Nachrichten und Münstersche Zeitung in den Ausgaben vom 23. Juni anlässlich einer Krisensitzung des Sozialausschusses der Stadt zwei Tage zuvor.

42 von 323 Planstellen seien gegenwärtig unbesetzt, hieß es da, also beinahe jede siebente. Es würden händeringend „Quereinsteiger“ gesucht. Zumal auch immer wieder selbst langjährige Mitarbeiter*innen von den Arbeitsbedingungen im Jobcenter Münster offenbar die Nase voll hätten und sich lieber woanders einen Job suchten. Münsters Jobcenter-Chef Ralf Bierstedt räumte denn auch ein, dass sein verbliebenes Personal nicht zuletzt im persönlichen Umgang mit den Empfänger*innen von ALG II (Hartz IV) gelegentlich deutliche Zeichen von Überforderung zeigt: „Nicht in allen Fällen reagieren die Mitarbeiter souverän auf Probleme“.

Souverän formuliert. Dass es mitunter von Laune und Tagesform besagter Mitarbeiter*innen abhängt, ob eine Sanktionierung gegenüber Hilfebedürftigen ausgesprochen wird oder

schon sehr schäbig.“ Zu den Verursachern indes bemerkt Michael Löher vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge: „Das ist eine Frage der persönlichen Reife des Mitarbeiters, das ist eine Frage des Mutes, das ist eine Frage des Klimas, das in den Jobcentern herrscht.“

281 Mitarbeiter*innen für 22.000 „Kund*innen“

Dabei besteht das Personalproblem beim Jobcenter Münster nicht erst seit gestern. Bereits bei der Etablierung des Jobcenters als Nachfolgerin der ARGE vor fünf Jahren konnten nicht alle Stellen besetzt werden, wie der WDR online Mitte Mai in Erinnerung rief. 2015 waren bereits 16 Stellen unbesetzt, in den vergangenen zwei Jahren hat sich dieser Wert annähernd verdreifacht. Allein im letzten Jahr hätten 50 Mitarbeiter*innen die Behörde verlassen, so Wolfgang Heuer, Personaldezernent der Stadt, gegenüber dem WDR – mehr als jede*r Sechste. Ein öffentlicher Arbeitgeber, der eine solche Fluktuationsrate verzeichnet, dürfte eher die Ausnahme sein.

Krasse Unterbesetzung im Stab der Mitarbeiter*innen, unterste Gehaltsstufe, zeitlich befristeter Vertrag – und dabei kompetent, „souverän“, idealerweise einfühlsam und gleichzeitig objektiv über das Wohl und Wehe einer im Um-

gang sicher nicht immer einfachen Klientel entscheiden: Dass die Personalfindung durch solche Rahmenbedingungen nicht einfacher wird, ist auch Michael Willamowski, zuständiger Personalamtsleiter der Stadt, bewusst. Immerhin hat er schon die wahren Schuldigen ausgemacht. „Wenn es das Ziel aller jungen Menschen wäre, ihre beruflichen Karrierepläne in einem Jobcenter umzusetzen, dann hätten wir keine Probleme.“ Außerdem kämpften zahlreiche Jobcenter in Deutschland derzeit mit ähnlichen Schwierigkeiten. Angesichts eigener Versäumnisse mit dem Finger auf andere zu zeigen, wird indes kaum zur Lösung des Problems beitragen.

Ein befristeter Knochenjob

Das Jobcenter Münster verzeichnet aktuell zirka 22.000 „Kund*innen“. So heißen im Behördenjargon die arbeitssuchenden Antragsteller*innen und Bezieher*innen von Hartz IV. Da das Gros von mindestens zwei Stelleninhaber*innen – hier der Jobcoach, dort der oder die Sachbearbeiter*in – parallel betreut wird, kommen auf jede*n Jobcenter-Mitarbeiter*in im Durchschnitt über 150 zu betreuende Personen. Kalkuliert man einen permanenten Personalausfall aufgrund von Krankheit, Urlaub oder Fortbildung hinzu, dürften es eher an die 200 sein.

Bis zu 200 Menschen, die es im Alleingang möglichst dauerhaft in halbwegs auskömmliche Arbeit zu bringen gilt, wobei es bei vielen dieser

Menschen mannigfaltige Gründe gibt, warum sie oder er eben keine Arbeit findet bzw. bisher noch nicht gefunden hat. Arbeitet ein Jobcoach in Vollzeit, haben er oder sie ohne Überstunden also ein durchschnittliches Zeitfenster von 48 Minuten pro Mensch und Monat, um Resultate zu liefern. Dass dieser gewichtige Umstand in Bierstedts und Willamowskis Stellenausschreibung Erwähnung findet, ist eher unwahrscheinlich. Womit sich an der Personalfluktuations im Jobcenter Münster – Neueinstellungen hin oder her – in Zukunft erst mal nichts ändern dürfte.

Die Stadt spart Millionen

Ein Dutzend „Quereinsteiger“ befindet sich angeblich bereits bei der Stadt Münster in der Ausbildung zum Jobcoach, weitere acht sollen für einfache Routinearbeiten zur Verfügung stehen. Alle ausgestattet – wie es sich für eine Behörde gehört, deren Funktion darin bestehen soll, Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen – mit befristeten Arbeitsverträgen.

Zumal jede nicht besetzte Planstelle die Behörde bares Geld spart. Gut 33.000 Euro pro Jahr, wie Personalamtsleiter Willamowski freimütig vorrechnet. 42 nicht besetzte Stellen im Jobcenter bedeuten demnach für die Stadt Münster jährlich gut 1,3 Millionen Euro weniger Ausgaben. Und das Jobcenter spart bei jeder Sanktionierung beim Arbeitslosengeld II.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt. ■





cuba

Arbeitslosen-beratung

Beratung nach Vereinbarung sowie
offene Sprechstunde di 9-12.30 Uhr

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel. 0251 / 511929
cuba-beratung@muenster.de
www.cuba-arbeitslosenberatung.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW,
des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Münster



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



STADT MÜNSTER

Hauptsache, die Quote stimmt



*Alleinerziehende, Frauen,
Menschen mit fremdlän-
dischem Aussehen, Behinder-
te oder Langzeitarbeitslose
haben schlechte Karten*

Personalmangel fördert Diskriminierung
in Jobcentern

Ende Juni des Jahres hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ihren aktuellen, mittlerweile dritten Bericht zur Diskriminierung in Deutschland vorgelegt. Eines seiner Schwerpunktthemen: „Diskriminierungsrisiken und Diskriminierungsschutz in der öffentlichen Arbeitsvermittlung“.

Von Robert Martschinke - Fotos Agneta Becker

Die Verfasser*innen des Berichts konstatieren darin ein weites Feld an Fehlentwicklungen und Missständen. Als eine Hauptursache identifizieren sie das der neoliberalen Leistungsdoktrin verpflichtete „Kennzahlensystem“. Jobcenter und ihre Mitarbeiter*innen erhalten damit Vorgaben, wie viele Menschen sie in Arbeit zu vermitteln bzw. sonst wie aus dem ALG-II- bzw. Hartz-IV-Leistungsbezug zu entfernen haben. Als Folge davon werden häufig bevorzugt Arbeitssuchende gefördert, die – weil zum Beispiel männlich, jung, Single, gut ausgebildet, „Bio-Deutsche“ – erfahrungsgemäß die besten Aussichten am Arbeitsmarkt haben; was indes der Weisung im Sozialgesetzbuch I (SGB I, § 2ff.) klar zuwiderläuft, gerade schwer zu vermittelnde Personen besonders zu fördern. Im Umkehrschluss kommt es derweil nicht selten vor, dass zum Beispiel alleinerziehenden Elternteilen überproportional häufig eine Weiterbildung verweigert oder nicht finanziert wird, da deren Vermittlungschancen allgemein als vergleichsweise gering eingestuft werden. Menschen mit „fremdländischem“ Aussehen oder Namen begegnen mitunter dem Vorurteil, grundsätzlich nicht so intelligent, gebildet, leistungsbereit oder teamfähig zu sein wie jemand, der vermeintlich deutsch aussieht, einen deutsch klingenden Namen hat und Muttersprachler ist. Dasselbe gilt für Behinderte. Wer vorbestraft oder „langzeitarbeitslos“ ist, hat ganz schlechte Karten. Frauen werden gegenüber Männern nach wie vor in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Auch kinderlose Frauen. Menschen unter 25 Jahren diskriminiert das Gesetz per se schon durch härtere Sanktionsmittel.

Spiegelbild der „Gesellschaft“

Ein Gutteil dieser ungunstigen Mischung aus Rassismus, Sexismus und anderer Diskriminierungspraktiken färbt dabei von der guten deutschen Arbeiterschaft auf die Arbeitsvermittler*innen ab, diese übernehmen vieles davon wohl oder übel. Denn schließlich arbeiten die Vermittler den möglichen Chefs zu und liefern das passende Personal. So schlagen die Vorurteile, die in Teilen der deutschen Gesellschaft herrschen, schließlich auch bis auf die öf-

fentlichen Jobcenter mit ihrer praktischen Vermittlung und Anwendung durch.

Der Druck, den das bereits erwähnte Kennzahlensystem mit seinen vorgegebenen und zu erfüllenden Quoten auf die

GUT - GÜNSTIG - GEBRAUCHT
LILALEEZE

**WIR KAUFEN AUCH
GEBRAUCHTE FAHRRÄDER**

Fahrräder neu und gebraucht
Ersatzteile neu und gebraucht
An- & Verkauf
Werkstattservice
durchgehend geöffnet!
Mo-Fr 10-18 Uhr
(April-Oktober 10-19 Uhr)
Sa bis 14 Uhr
Dortmunder Str. 11
(Nähe Hansaring)
Telefon 665761

Arbeitsvermittler*innen ausübt, potenziert sich häufig mit dem Personalmangel in manchen Jobcentern. Stress, Druck, aber auch Frust und das Gefühl mangelnder Anerkennung und Wertschätzung des persönlichen Einsatzes und der eigenen Leistung führen unter den Mitarbeiter*innen mitunter dazu, dass sie zwar die „Quote erfüllen“. Aktive Vermittlung und Integration fahren sie jedoch weitestgehend zurück. Die Folge: Immer mehr Menschen werden als nicht oder kaum integrier- und vermittelbar abgeschrieben.

Rassismus, Sexismus etc. bieten in diesem System praktische Raster, um bereits im Vorfeld auszuwählen, wer sich den Arbeitgebern andienen darf und umgekehrt, wer diesbezüglich als ungeeignet und überflüssig zu gelten hat. Jobs für alle gibt es nämlich nicht. Leidtragende sind – letztlich wenig überraschend – dieselben Menschen und Gruppen, die auch gesamtgesellschaftlich am häufigsten von Diskriminierung betroffen sind.

Was tun?

Abhilfe, so die Verfasser des Berichts, verspreche zum einen die Abschaffung des Kennzahlensystems. An dessen Stelle sollen eine individuelle, an den Bedürfnissen der oder des Arbeitssuchenden ausgerichtete Betreuung sowie aufklärende Schulungen für die Jobcenter-Mitarbeiter*innen in Sachen Vorurteile und Diskriminierung treten. Auf der anderen Seite setze dies eine angemessene „personelle Ausstattung“ der Jobcenter und angegliederter Behörden voraus. Mit Menschen, die wüssten und verstanden hätten, was in §33c des SGB I und in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes unmissverständlich festgestellt werde. Hier sei zuallererst anzusetzen.

Der Bericht sowie eine 14-seitige Zusammenfassung ist online unter folgendem Link zu beziehen:



http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/Gemeinsamer_Bericht_dritter_2017.html

www.stadtwerke-muenster.de

Energiesparen ist doch ganz einfach!

- ✓ Kostenlose Tarif- und Energiesparberatung
- ✓ Energiespar-Produkte
- ✓ Expertensprechstunden

Dies alles und vieles mehr bieten wir Ihnen im CityShop, Salzstr. 21, im Kundencenter am Hafenplatz 1 oder unter der Kunden-Hotline 02 51.6 94-12 34.

Wir beraten Sie gern.

Einfach. Näher. Dran.



Stadtwerke Münster



Teilhabe lautet die Devise

Der persönliche Bericht einer Kunstnomadin von einer Sommertour zur Ausstellung **Skulptur Projekte Münster 2017**

■ Von Angelika Schirmer - Fotos: Agneta Becker

Am schönsten ist es, einer Skulptur zufällig zu begegnen, ihr sozusagen im städtischen Alltag über den Weg zu laufen. Die kennzeichnende Behauptung, dies oder das sei Kunst, hat ja immer etwas Auftrumpfendes an sich, kommt sozusagen „von oben“, so dass ich nicht nur mit dem ungewohnten Gegenstand oder der Aktion konfrontiert bin, sondern auch mit denjenigen, die die Behauptung aufgestellt haben. Ohne diese Kategorie „Kunst“

stoffartige Bilder, in rechteckige Gestelle gehängt, gleichmäßig auf der Wiese verteilt. Dahinter jeweils ein Stromkasten und einige eingeschweißte Texte von verschiedenen Verfassern sowie kleine Reproduktionen von Bildern ohne gemeinsamen Nenner. Ab und zu undeutlicher Gesang zu klimpernder Musik. Ein Ensemble, zu dem ich keinen Bezug bekomme.

Am Himmel zieht ein Storch seine Kreise... mein Hund muss trinken. Wir gehen also erst mal zum Bach, bevor ich mich wieder

bemühe in dieser sehr lockeren Zusammenstellung von Dingen und Informationen Zusammenhänge zu finden. Am Wiesenrand finde ich die Aufsichtsperson, die vielleicht auch etwas erklären kann (romantisch: Studentin der Malerei, sichtbar an türkisfarbenen Farbresten an ihren bloßen Füßen); sie schläft gerade friedlich im Campingstuhl. Mein Hund und ich legen uns ins Gras und denken selber nach, besser gesagt, wir schauen: Die blauen Leuchtpanels der Bilder sind so regelmäßig in den etwas durchhängenden, ebenfalls gleichmäßig gemusterten Stoff eingesetzt, dass diese Behänge von Weitem wie selbst gestrickte Monitore aussehen, die schemenhaft Werke des Impressionismus, des Pointillismus oder der monochromen Malerei wiedergeben.

Liegend, aus der Froschperspektive, aus der Ruhe heraus, gefallen mir diese Techno - Behänge immer mehr. Ab und zu sind die Lichtpunkte eines einzelnen Bildes ausgeschaltet, und es sind nur die beige-grauen Batikmuster



Außeninstallation
von Ei Arakawa

ist es für mich einfacher, dem Neuen auf Augenhöhe zu begegnen, einen persönlichen Zugang zu finden.

Was ich dann mit dieser Begegnung anfangen kann, kann etwas Persönliches sein ohne den Zwang, ein unpersönliches Urteil finden zu müssen.

Die von mir geschilderten Kunstwerke habe ich zwar mit Hilfe des Stadtplans für die Skulptur Projekte Münster 2017 aufgesucht, doch hat sich bei einigen durchaus diese Art von persönlicher Begegnung ergeben.

Bildwesen

Das erste Kunstwerk meiner Tour ist die **Außeninstallation von Ei Arakawa** an der Peripherie von Münster, in der **Mecklenbecker Straße 252**.

Auf der Wiese vor Haus Kump: mehrere blau leuchtende,

„Zu den Skulptur Projekten 2017 gehört es, Zeit zu haben, Zeit zu verbringen, die künstlerische Arbeit in ihrer Umgebung auf sich wirken zu lassen“

des Stoffes zu sehen, farblich und auch formal im Einklang mit der vertrockneten Wiesenfläche. Dann plötzlich leuchten die abertausend blauen Leuchtpunkte auf. Das Bild macht wieder auf sich aufmerksam und es erscheint die Mischung von Display und farnefrohem Ölgemälde als Wandbehang unter freiem Himmel.

Ein unsichtbarer Sinn hat diese Bildwesen harmonisch in ihre Naturumgebung gesetzt: Wiese, Bach, Eichen im Wind.

Wie wichtig sind die eingeschweißten Bildvorlagen auf den Stromkästen? Kognitiv Bezüge herstellen zu sollen zu Kunstwerken aus der Kunstgeschichte, würde mich momentan stören. Mir sind sie daher nicht wichtig.

Und was ist mit den Schwaden von schwerfälligem Gesang wie vom fahrenden Schrotthändler und was mit den laminierten Texten? Beschweren sich Sänger und Verfasser? Vielleicht über mächtige Personen mit eingeschränkter Psyche, die nichts als bossing Boss können und die diese sensible Balance von Gegensätzen, dieses Geflecht von Technik und Natur zerstören werden?

Ich stehe auf. Die Aufsichtsperson liegt jetzt im Gras, schläft zugedeckt mit ihrer Strickjacke. Ich wecke meinen Hund und gehe rüber zu den Pferden. Aber als ich zurückkomme, ist die junge Frau wach und erzählt: Zu den Skulptur Projekten 2017 gehöre es, Zeit zu haben, Zeit zu verbringen, die künstlerische Arbeit in ihrer Umgebung auf sich wirken zu lassen, mit anderen zu sprechen, die eigenen Eindrücke zu beobachten, vielleicht zu notieren.

Und nicht nur das Kunstwerk sei gemeint, sondern ich auch! Oder anders gesagt: Das, was zwischen mir und der Skulptur entsteht, ist das eigentliche Kunstwerk. Die Skulptur braucht mich, meine Erfahrungen, Assoziationen, auch die anderen Betrachter*innen, die Umgebung, das Wetter, sogar die gleichgültigen Passanten, all das... sonst sei es unfertig. Auch das Kunstwerk möchte teilhaben und wir können teilhaben und genau das sei das Partizipative, das Grundprinzip der Skulptur Projekte 2017.

Auf meinem Plan finde ich in ein weiteres Kunstwerk in der Nähe, und wir ziehen weiter.

Feiner Unterschied

Die Teilhabe am **Kunstwerk von C.W. Evans** an der **Stephanuskirche** ist leider nicht für mich gedacht. Es ist exklusiv

für die Anwohner dieses Stadtviertels konzipiert, vielleicht sogar nur für die Mitglieder der Kirchengemeinde St. Stephanus. Jedenfalls für die, die auf den Klang der Glocke der Stephanuskirche achten. An dieser ist nämlich bis Oktober ein Kühlgerät angebracht, welches das Glockenmetall kühlt mit dem Effekt, dass die Glocke geringfügig höher klingt. Die Wahrnehmung von Unsichtbarem oder fast nicht Hörbarem und für den feinen Unterschied wird also trainiert und verfeinert?

„Denn meine Schafe hören meine Stimme!“ – und die Stimme Gottes, müsste er, entsprechend unserer Zeitraffer-Mentalität, schneller sprechen, klänge ja auch höher.



Heruntergekühlte Glocke
von C.W. Evans an der Stephanuskirche



CINEMA
Kunsthalle

Schenken Sie (sich)
eine Privat-Vorstellung!

Das hier ist ein
Abstr. Und,
den brauchen
wir wieder ...

TEUERSTE KINOKARTE DER STADT 120,00 €

Das Cinema
würde sich
guten
Unterhaltung.

donnerstags bis samstags 14.45 oder 23.00 Uhr
sonntags 11.00 oder 12.45 Uhr
für Privatvorstellungen bis max. 25 Personen
mit einem eigenem Film oder
einem Film aus dem laufenden Programm

Infos und Anfragen unter Tel. 0251.39778500 oder
www.teuerstekinokarte.cinema-muenster.de



„Skizze für einen Brunnen“
von Nicole Eisenmann

Die Lücke

Am nächsten Tag ist das Wetter nüchtern und sonnenscheinlos, das Licht blauer als zuvor. Ich komme die Andreas-Hofer-Straße entlang, sehe auf der anderen Seite der Manfred-von-Richthofen-Straße, auf der Ecke einer weiten Abrissfläche, eine Wand aus übergroßen quaderförmigen Steinen (gegossen aus Recyclingschotter, wie ich später erfahre), aus der eine mächtige Stange, eine leicht übergroße Flutlichtlampe tragend, hervorragt. Woran erkennt man, dass dies nicht funktionale Normalität ist, sondern ein Kunstwerk?

Dann komme ich aus der gegenüberliegenden Richtung und sehe Treppen, die in Etappen einen einfachen Turm umlaufen. Sie sind modellhaft aus grau lackierter Holzfasern konstruiert, aber begehbar. Die Treppenstufen tragen und führen mich auf eine von den Quadern getragene Plattform mit Aussicht auf die Lücke, eine weite Sandmulde. Hier stand also vor einiger Zeit noch das markante Bürogebäude der Oberfinanzdirektion (OFD), welches die Architekturskizze, auf der ich stehe, irgendwie nachempfunden. Ein vereinfachtes, begehbares Architekturmodell zur vagen Erinnerung an ein konkretes Gebäude, welches vor Kurzem noch anstelle des derzeitigen Baulochs zu sehen war und funktionierte. Die Skulptur oder Installation beinhaltet also kein Konzept für Zukünftiges, sondern bedeutet einen Blick zurück – das Thema Modell-Architektur gegen den Strich gekämmt, mit Blick auf eine Sandmulde als Projektionsfläche für Gedanken über gewesene Architektur oder über Städtebau, Gedanken über Karl Marx, Wirtschaftskrisen, Non-Profit-Firmen... – eine Projektionsfläche ist geduldig und neutral. Ihr Titel: **„OFF OFD“, ein Architekturfragment von Christian Odzuck, Andreas-Hofer-Straße 50.**

Am Rand sitzen ist gefährlich

An einem Sonntag finde ich die **„Skizze für einen Brunnen“ von Nicole Eisenmann auf einer Rasenfläche an der Promenade in der Nähe der Münzstraße.**

Übergroße, etwas plump geformte Gips- und Bronzemenschen lagern beziehungslos, gelangweilt, müde, betrunken, aber auch ungeniert und entspannt um ein rechteckiges Becken, gefüllt mit intensiv algengrünem Wasser. Dort hängen sie ab, lungern herum, schlafen, hängen ihren Gedanken nach, überlassen sich vorbei schwebenden Gefühlen und Gedanken, und sollten doch Wasserspender sein.

Nirgends eine kraftvolle Fontäne! Aus den Schienbeinen eines Sitzenden fließen wie ungewollt ein paar nieselige Wassersträhnen ins Bassin, und ein unmotiviert überstreckt stehen-

der Mann, sinnlos trainiert, starrt in die Wolken, begießt unbeteiligt aus einem Loch seiner Kraftwade die Schimmelpilze, die neben ihm aus dem grünen Wasser sprießen und wie er in Bronze verewigt sind.

Aus der Bierdose des liegenden Trinkers gluckst sachte eine leichte Übermenge an Flüssigkeit, fließt daran fast unmerklich herab und lässt allmählich die sandige Unterlage des Liegenden immer mehr verschlammen.

Das muss man gesehen haben!

Die Anziehungskraft dieses Ensembles, für das das Wort Plätscherbrunnen eine Übertreibung wäre, ist stark! Menschen strömen in Gruppen heran, stehen drum herum: Sie haben faltige Gesichter mit Warzen, hängende Bäuche, und sogar schon die Kinder tragen schlecht sitzende Kleidung aus minderwertigen fusseligen Stoffen. Manchmal fotografieren sie sich als langweiligen Selfie-Witz oder stellen banale Fragen, weil es sonst nichts zu tun gibt – Fragen, die das Erklärmädel keine Zeit hat zu beantworten, da es den immer wieder defekten Wasserzufluss zur Bierdose reparieren muss.

Ein durstiger Dackel trinkt aus dem Becken viel von dem grünen Wasser. Wie gut, dass keine Anti-Algen-Chemie drin ist! Die Aufsichtsperson versucht mit einem Gummischieber die Algen vom Rand her zu beseitigen. „Bei heißem Wetter geht’s besser“, meint sie, denn dann könne sie beim Algenwischen mit den Füßen im Wasser waten und ich könne das doch übrigens auch machen – so aus Spaß – und mein Hund könne auch mit rein. „Also bis dann“ sage ich und mache mich wieder auf den Weg und bin: entspannt!

Am 21. Juli, einem Freitag, lese ich in der Zeitung die Nachricht „Gipsfigur geköpft“. Eine ziemlich krasse Form, an einer Ausstellung teilzuhaben. Die darüber informierte Künstlerin hat bestimmt, dass die geköpfte Figur von nun an ohne Kopf dort sitzt und aus den Beinen ins Becken regnet. Auch das wird sich letztendlich ins Bild fügen.

Die national wie international renommierte Ausstellung Skulptur Projekte Münster 2017 mit 35 Skulpturen und Installationen im öffentlichen Raum wurde bereits am 10. Juni eröffnet und läuft noch bis zum 1. Oktober 2017. Sie ist das Kulturereignis des Jahres in Münster und findet nur alle zehn Jahre statt.

www.skulptur-projekte.de ■



„OFF OFD“, ein Architekturfragment
von Christian Odzuck auf dem
Abrissgelände des OFD-Bürokomplexes



Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Montag

10:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
15:00	Frauen - Treff (14 täglich, Berliner Platz 29)
16:00 - 18:00	PC - Schulung / online-Bewerbung

Dienstag

10:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
14:00 - 16:00	Ideenschmiede
16:00 - 18:00	Mehr Lebensqualität

Mittwoch

10:00 - 11:30	Der Pflanzendoktor
11:30 - 14:00	Teamschulung und ab 12 Uhr Teamsitzung
14:00 - 16:00	Offener Treff
17:30	MALTA – Chor

Donnerstag

10:00 - 12:00	Frauenvormittag: Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
12:00 - 16:00	Allgemeine Beratung / Formular- Hilfen

Freitag

10:30 - 13:00	Offenes Frühstück	
13:00 - 16:00	Offener Treff	
16:30 - 18:00	Deutsch - Kurs *	(nach Anmeldung)
18:00 - 20:00	Spanisch - Kurs *	(nach Anmeldung)

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

* diese Kurse sind Angebote der Paritätischen Akademie NRW in Kooperation mit AbM e.V.

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

Kultur in Münster

Eintritt frei

September

- **02.09.**, nachmittags: Entdeckungstour in der Museumsnacht für 10-14-Jährige; Anmeldung erforderlich unter Telefon 0251 / 492 41 08, gruender@stadt-muenster.de (siehe Infokasten 2)
- **02.09.**, 16 Uhr: Video Screening (Programm zur Museumsnacht), BlackBox im Cuba

Freihaus ms

Seit Juni verwandelt die Kultur-Initiative Freihaus ms das alte Haus in der Hüfferstraße 20 für über 100 Tage in einen Kultursalon, einen Experimentierraum, eine Künstlerresidenz oder eine Bühne für Konzerte und Lesungen. Über 40 Veranstaltungen drehen sich um Fragen zum Verhältnis von Stadt und Kultur: Welche Räume braucht Kultur? Wo ist Kreativität „zuhause“? Wie sollten wir die Zukunft der Stadt gestalten? Die Akteure und Gäste werden diese Fragen in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten aufgreifen und bearbeiten. Vom musikalischen Experiment über Leseshows bis hin zu Diskussionsrunden mit hochkarätigen Gästen ist fast alles dabei.

www.freihaus.ms

- **04.09.**, 20 Uhr: Konzert von Snakatak! (Münster) und Sommerplatte (Köln). Freihaus ms, Hüfferstraße 20 (siehe Infokasten 1)
- **05.09.**, 20 Uhr: Douce Ambiance Offene Jam-Session - Eintritt frei. SpecOps.
- **07.09.**, 20 Uhr: Impro-Treff, Treff für Improvisationsmusiker, Offene Bühne der Initiative Improvisierte Musik. Black Box im cuba, Achtermannstraße 12.
- **08.09.**: Langer Freitag im LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz; geöffnet bis 22 Uhr

- **10.09.**: Tag des Offenen Denkmals (siehe Infokasten 4)
- **14.09.**, 20 Uhr: Afrosession – Refugees Welcome Freie Bühne, Black Box im cuba Münster Achtermannstraße 12
- **16.09.**, 17.30 Uhr: Treibgut – Songwriter’s Finest – Songwriter Festival No. 6, Schlossgarten-Pavillon
- **16.09.**, 19 Uhr: Fördervereinskonzert mit Überraschungsgast, Erlöserkirche
- **28.09.**, 20 Uhr: Pappkatze XXL. Experimentelle Lesebühne. Freihaus ms. Hüfferstraße 20 (siehe Infokasten 1)
- **22. bis 24.09.**: Münster Vocal Festival, Konzerte in der Aula am Aasee (Reservierung nötig unter <http://muenster-vocal.de/>) → 22.9.: Onair

Kulturrucksack

Mit dem Kulturrucksack-Programm möchte die Regierung des Landes NRW allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, Kunst und Kultur zu erleben. Auch in vielen anderen Städten gibt es tolle Angebote, die du nutzen kannst.

Bist du zwischen zehn und 14? Hast du Lust, etwas Neues auszuprobieren? Dann bist du hier richtig! Der Kulturrucksack steckt voller spannender Workshops, Kurse und Aktionen für Zehn- bis 14-Jährige in Münster. Du hast die Wahl zwischen Film, Kunst, Theater, Djing, Bloggen und vielem mehr. Damit jede/r mitmachen kann, kosten die Angebote entweder wenig oder nichts! www.kulturrucksack.nrw.de

aus Berlin; 23.9.: Gala-Konzert mit vier bis sechs Chören

- **22. bis 24.09.**: B-Side Festival im Hansaviertel (Spende erwünscht)
- **23.09.**, 14 bis 16 Uhr: Öffentliche Führung in den Rieselfeldern, Treffpunkt Biologische Station

Oktober

- **05.10.**, 20 Uhr: Impro-Treff, Treff für Improvisationsmusiker, Offene Bühne der Initiative Improvisierte Musik. Black Box im cuba, Achtermannstraße 12
- **08.10.**, 11.30 bis 12.30 Uhr: Eröffnungsveranstaltung des Kulturfestivals, LWL-Museum (siehe Infokasten 3)
- **10.10.**, 15.30 bis 17 Uhr: Offenes Volksliedersingen, Gemeinsam Singen mit Instrumentalbegleitung, Haus vom Guten Hirten (Eingang Hotel)
- **12.10.**, 20 Uhr: Afrosession – Refugees Welcome. Freie Bühne, Black Box im cuba. Achtermannstraße 12
- **13.10.**: Langer Freitag im LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz; geöffnet bis 22 Uhr

Kulturfestival „anders begegnen“

Im Rahmen des einwöchigen Programms, das vom 8. bis 14. Oktober 2017 stattfinden soll, präsentieren unterschiedlichste Akteure ein weites Spektrum vielfältiger Kulturarbeit. Es werden Räume der Begegnung geschaffen, in denen das künstlerische und kreative Potenzial aller Bürgerinnen und Bürger einen gleichberechtigten Ausdruck findet. www.kultur-festival-anders-begegnen.de

- **13.10.**, 19.30 bis 21 Uhr: Lesung „Kneipenkind“ im Rahmen des Kulturfestivals (siehe Infokasten 3)
- **14.10.**, ab 18 Uhr: Abschlussveranstaltung des Kulturfestivals, Uferlos (siehe Infokasten 3)
- **15.10.**, 15 Uhr und 17 Uhr: Der flüsternden Witwe auf dem Friedhof lauschen. Waldfriedhof Lauheide (Spende erwünscht)
- **21.10.**, 14 bis 16 Uhr: Öffentliche Führung in den Rieselfeldern, Treffpunkt Biologische Station
- **30.10. bis 03.11.**, jeweils 10 bis 15 Uhr: Heimatklänge, Musik- und Poetry-Werkstatt für 10- bis 14-Jährige, JIB Münster (Anmeldung erforderlich unter anmeldung@dramawerkstatt.de)

November

- **02.11.**, 20 Uhr: Impro-Treff, Treff für Improvisationsmusiker, Offene Bühne der Initiative Improvisierte Musik. Black Box im cuba Münster, Achtermannstraße 12
- **05.11.**, 18 Uhr: Orgel-Konzert, Ludwig Wegesin an der Collon-Orgel, Erlöserkirche
- **06.11.**, 19 Uhr: Heimatdichter aus dem



An jedem zweiten Freitag im Monat hat das LWL-Museum freien Eintritt und verlängerte Öffnungszeiten (bis 22 Uhr) - Foto: Agneta Becker

Münsterland. Plattdeutscher Gesprächskreis. Kap.8 im Bürgerhaus Kinderhaus. Idenbrockplatz 8

- **09.11.**, 20 Uhr: Afrossession – Refugees Welcome. Freie Bühne, Black Box im cuba Münster Achtermannstraße 12

Tag des Offenen Denkmals: Macht und Pracht

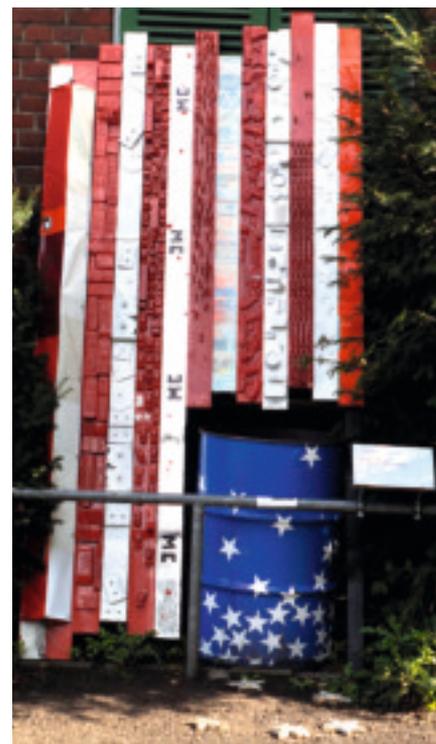
Hat Ihnen schon mal jemand gezeigt, wo der Anspruch auf Macht im Mittelalter noch heute erkennbar ist? Möchten Sie mehr erfahren über den Prunk des Barock oder den Detailreichtum des Rokoko? Oder erkennen, wie sich der Bürgerstolz des 19. Jahrhunderts ausdrückt? Fragen Sie sich, wie die vielen Denkmäler und Kleinode der Geschichte Münsters erhalten werden? Vielleicht würden Sie auch gerne Archäologie erleben oder Einblicke in die Arbeit der Denkmalpfleger gewinnen. Ob Radtour, Führung, Vortrag oder Lesung – alles ist kostenlos und ohne Anmeldung. Allerdings muss man manchmal warten, da in einigen Denkmälern nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zugelassen werden kann. Einige Veranstaltungen eignen sich besonders für Menschen mit Behinderungen. Das Programm ist unter folgendem Link zu finden:

www.stadt-muenster.de/denkmaltag

- **10.11.**: Langer Freitag im LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz; geöffnet bis 22 Uhr
- **14.11.**, 15.30 bis 17 Uhr: Offenes Volksliedersingen, Gemeinsam Singen mit Instrumentalbegleitung, Haus vom Guten Hirten (Eingang Hotel)
- **18.11.**, 14 bis 16 Uhr: Öffentliche Führung durch die Rieselfelder, Treffpunkt Biologische Station
- **28.11.**, 15.30 bis 17 Uhr: Offenes Volksliedersingen, Gemeinsam Singen mit Instrumentalbegleitung, Haus vom Guten Hirten (Eingang Hotel)

Und immer freier Eintritt:

- **Skulptur Projekte**, inkl. öffentliche Touren für Einzelpersonen auf verschiedenen Sprachen:
In leichter Sprache: 10.09. und 01.10., 14 Uhr
Englisch: fr. 18 Uhr, sa. und so. 16 Uhr
Französisch: so. 11 Uhr
Arabisch: 10.09., 16 Uhr
Kurdisch: 24.09., 16 Uhr
Russisch: 01.10., 16 Uhr
Deutsche Gebärdensprache: 17.09., 14 Uhr
Treffpunkt ist immer das Foyer des LWL-Museums für Kunst und Kultur am Domplatz; Buchung notwendig unter: 0251 / 20 31 82 00.
- **SchattenSkulptura** – das Mitmach-Skulptur-Projekt: www.skulptur-projekte-ms.de



SchattenSkulptura - Foto: Agneta Becker

- **Stadtmuseum** mit wechselnden Ausstellungen: <http://www.stadt-muenster.de/museum/aktuelles.html>
- **Botanischer Garten** <http://garten.uni-muenster.de>

Sobi

Sozialpädagogisches
Bildungswerk
Münster

New!

Das neue Programm
ist da & liegt innerhalb
von Münster aus!

Auch online unter:
sobi-muenster.de

Wohnungspolitik

findet in Münster derzeit nicht statt

Eine Nachbetrachtung zum Titel der vorigen Ausgabe

Die vorige Ausgabe der *Sperr* hatte das Thema Wohnen als Schwerpunkt. Wohnen war seit Längerem auch im Rat der Stadt Münster zu einem kontroversen Thema geworden. Zur Diskussion stand unter anderem eine Milieuschutzsatzung. Sie soll in innenstadtnahen Gebieten Mieter schützen vor Luxusrenovierungen und vor der Verdrängung durch zahlungskräftige neue Bewohner. Wohnungsnot bleibt ein drängendes Thema, doch die Wohnungspolitik lässt in Münster zu wünschen übrig.

Von Arnold Voskamp – Fotos Agneta Becker

Vor fünf Jahren feierten Münsters Ratsfraktionen ihr vereint beschlossenes Konzept der sozial gerechten Bodennutzung. Immer wenn Flächen zur Bebauung freigegeben werden, soll seitdem ein gehöriger Teil von 30 Prozent für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Mit diesem großen Wurf sollte auch einfachen Leuten das Wohnen in Münster möglich sein und bleiben.

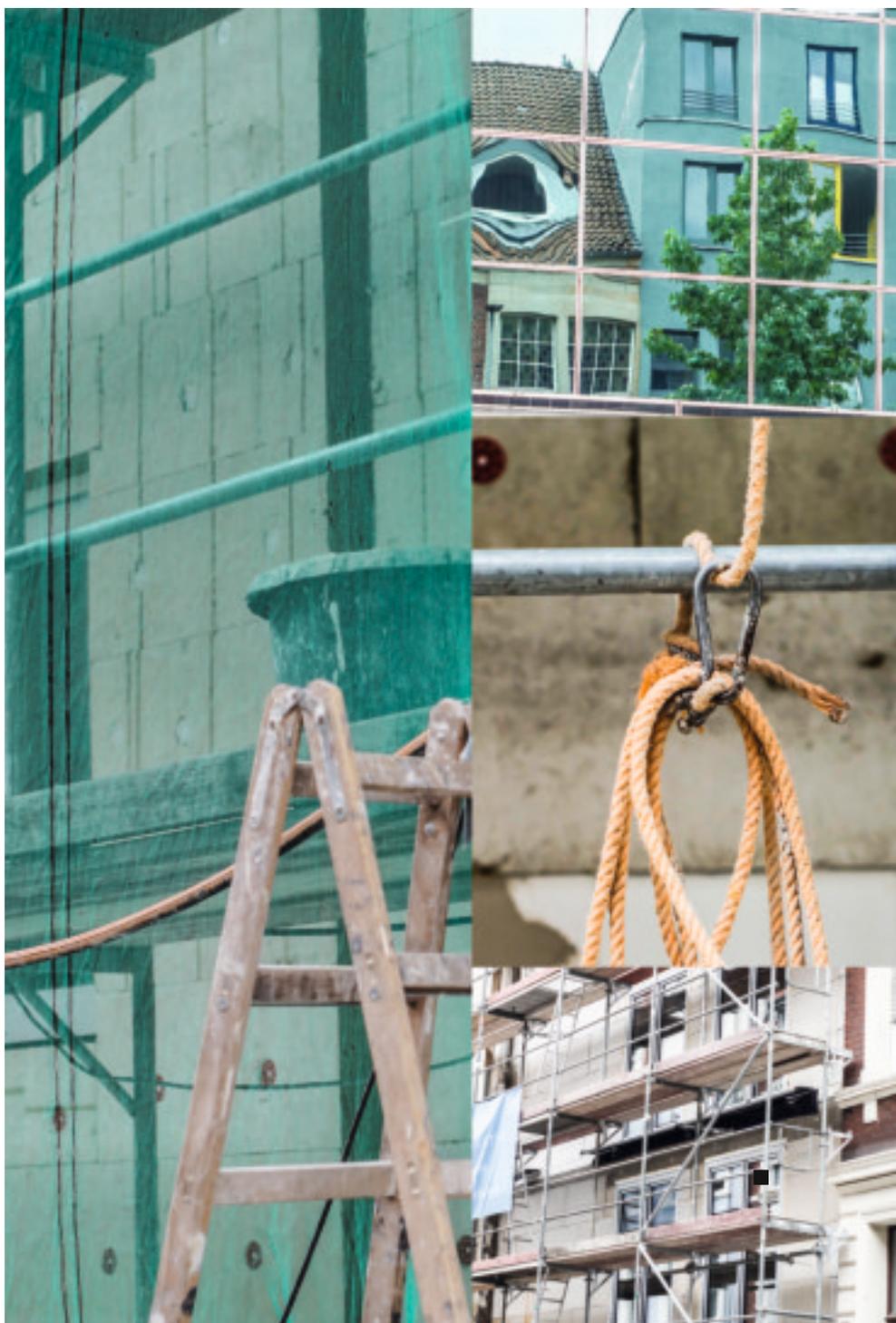
Was ist seitdem geschehen?

Als Erstes hat die Stadt die Fläche neben dem Parkhaus Engelstraße/Herwarthstraße für einen Hotelbau verkauft. Laut Ausschreibung waren dort zunächst Wohnflächen vorgesehen, 30 Prozent davon für Sozialwohnungen. Unter den Bewerbern für das städtische Grundstück hat jedoch derjenige Investor den Zuschlag bekommen, der als einziger Mitbewerber ohne(!) Wohnungsbauanteil geplant hat. Das war schon mal ein deutlich anderes Signal.

Falsche Signale

Der Nachbar von gegenüber, der Hochhausinvestor Andreas Deilmann, nahm sich daran ein Beispiel. Der vertraglich garantierte Anteil für begünstigte Mieten sollte nicht offen vermietet werden, sondern direkt an seine Frau gehen, bzw. an deren Firma für betreutes Wohnen. Nur ein sehr lauter Aufschrei aus der Stadtgesellschaft hat die Stadtverwaltung und den Rat in den Kampf gegen Deilmanns Abzocke getragen und dieses Kungelgeschäft verhindert.

Die aufgegebenen Flächen mit Wohnungen der britischen Armee sind ein weiteres großes Ärgernis. Sie gehören der Bundesregierung bzw. der Bundesanstalt



für Immobilienaufgaben (Bima), die Immobilienverwaltung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sozusagen. Die städtische Wohnungspolitik peilt auf die freigewordenen Häuser, seit die Briten abgezogen sind. Wohnungspolitik, erst recht soziale Wohnungspolitik ist nicht das Hobby von Schäuble oder seinem münsterländischen Staatssekretär Jens Spahn. Die Bundestagsabgeordneten der großen Koalition hatten vor der Wahl versprochen, dass sie sich bei den Kasernenflächen für sozial verträgliche Grundstückspreise stark machen. Schäuble sagt nun: Geht nicht! Münsters CDU-Abgeordnete Sybille Benning (CDU) sagt: Schade. Zwischenzeitlich hat die Bima zwar Häuser für Geflüchtete bereitgestellt – allerdings nur befristet. Der Preise für die Immobilien steigen unterdessen weiter. Schäuble kann warten, er hat ja seine Wohnung. Und Münsters Wohnungssuchende warten auch weiter.

Ganz viele Neubauwohnungen sind nötig und sie sind versprochen. Was heute aber gebaut wird, ist Anfang der 1990er-Jahre geplant worden. Neues ist nicht in Sicht.

Milieuschutzsatzung auf Eis gelegt

Darum verschärft sich der Druck auf die bestehenden Wohnviertel. Das ist schon viele Jahre zu bemerken, aber angesichts von Landflucht und zunehmenden Einpendlerzahlen hat die Nachfrage nach Wohnungen deutlich zugenommen. Gut Verdienende haben die Mittel, um Dynamik in den Wohnungsmarkt zu bringen. Arme Mieter oder solche mit sozialen Schwierigkeiten schauen in die Röhre. Jeder Eigentümerwechsel bringt die älteren Mieter in die Gefahr, dass ihre Wohnung aufwendig saniert wird. Einfache Leute können die Miete für die sanierten vier Wände häufig nicht mehr bezahlen, sie werden aus ihrem Wohnquartier verdrängt. Sind die Wohnungen freigezogen, kann das Haus ohne Aufwand in Eigentumswohnungen umgewandelt und teurer verkauft werden. Unter Druck stehen dabei tendenziell die innenstadtnahen Wohngebiete. Im Kreuzviertel ist es weitgehend abgeschlossen, jetzt geht es im Hansa- und Südviertel weiter. Ein Mittel gegen solche Luxusrenovierungen und die Umwandlung in Eigentumswohnungen ist eine sogenannte Milieuschutzsatzung. Damit werden besondere Genehmigungen für aufwendige Renovierungen und Umwandlungen verpflichtend. Nach Beobachtungen in anderen Städten, beispielsweise Hamburg, kann eine solche Satzung die Umwandlungsprozesse in bedrohten Vierteln bremsen.

In Münster hatten SPD, Linke und Grüne eine solche Mi-



lieuschutzsatzung in die Diskussion gebracht. An wechselnden Koalitionsspielen der Ratsparteien ist diese Satzung gescheitert. Zunächst wollte die SPD kein Bündnis mit den Linken eingehen. Jetzt, im Sommer 2017, hat die neue Koalition von CDU und Grünen diese Satzung auf die lange Bank geschoben. Dabei haben die Grünen sich sehr stark verbiegen und eine fette Kröte ihrem neuen Koalitionspartner zuliebe schlucken müssen. Dafür mussten sie sich deutliche Worte von Mieterinitiativen und der Opposition im Rat anhören.

Es ist keine gute Zeit für Wohnungspolitik in Münster. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist so groß, eine Entlastung durch viele Neubauten dennoch nicht in Sicht. Wohnen bleibt topaktuelles Thema der politischen Debatte, auch das Thema Milieuschutzsatzung ist sicher nicht endgültig in der Schublade verschwunden. ■

Bauen – Wohnen – Leben

Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für eine soziale Wohnungspolitik in Stichpunkten:

1. Bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Sozialwohnungsbau verstärken: Aktuell gehen pro Jahr 80.000 Sozialwohnungen verloren.
- Gemeinnützigen Wohnungsbau reaktivieren: Das bedeutet, Renditen im Wohnungsbau zu begrenzen.
- Sozial gerechte Bodenvergabe: Verkauf von staatlichen Wohnungsbauflächen nicht zu Höchstpreisen, sondern nach den Maßstäben einer sozialen Wohnungspolitik.

2. Gleichberechtigte Zugänge zu Wohnraum ermöglichen

- Zugang besonderer Bedarfsgruppen verbessern: Arme, Behinderte, Migranten, Haftentlassene und andere benachteiligte Gruppen erleben besondere Diskriminierung am Wohnungsmarkt.
- Sicherstellung barrierefreien Wohnraums

3. Bestehenden Wohnraum sichern

- Angebote zur Verhinderung von Wohnungsverlust verstärken

- Mietrechtliche Situation sozialer Träger verbessern
- Wohngeld jährlich an gestiegene Mieten anpassen
- Mietobergrenzen bei Alg II und Sozialhilfe an reale Mietkosten anpassen
- Kosten von Energie und Sanierung sozialverträglich gestalten, Mieterhöhung nach Sanierung begrenzen

4. Inklusives Gemeinwesen fördern

- Nachbarschaften und Gemeinwesen stärken
- Mobilität außerhalb der Ballungszentren fördern als Bedingung zur gesellschaftlichen Teilhabe; Einführung eines Sozialtickets

nach: http://mittelfranken.paritaet-bayern.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1500627065&hash=f677d591874de0df21c2fb91e388076fa0eeb657&file=uploads/media/Diskussionspapier_fuer_eine_soziale_Wohnungspolitik.pdf

Urteile

Keine Zwangsrente!

Den folgenden Beitrag hatten wir zu dem Thema vor neun Monaten schon einmal gebracht. Fehlerhafte Bescheide des Jobcenters bringen uns dazu, uns zu wiederholen. Zwangsverrentung nennt man das, wenn das Jobcenter Arbeitslose vorzeitig mit Rentenabschlägen in die Altersrente schickt. Das ist ein geschickter Schachzug der Behörde, um weniger Arbeitslose vermitteln zu müssen und um die Arbeitsmarktlücke kleiner erscheinen zu lassen. Dieses Verfahren ist zwar sehr umstritten, aber das Hartz-IV-Gesetz gibt es ausdrücklich her. Nur wenn es „unbillig“ ist, dann geht das nicht. Dies soll das Jobcenter ausdrücklich prüfen oder, wie es im Beamtendeutsch heißt, der Sachbearbeiter soll sein „sorgfältiges Ermessen ausüben“.

Unbillig ist es beispielsweise bei Menschen, die noch in einem Niedriglohnjob arbeiten und vom Jobcenter aufstockende Leistungen erhalten. Oder wenn sie Hartz IV ergänzend zu einem niedrigen Arbeitslosengeld erhalten. Oder wenn eine Arbeitsaufnahme unmittelbar bevorsteht. Oder wenn eine ungekürzte Rente direkt bevorsteht. Oder wenn die Rente niedriger sein wird als ein Sozialhilfeanspruch. In all diesen Fällen ist eine vorzeitige und gekürzte Rente nicht zu akzeptieren.

Zum 1. Januar 2017 hatte die Bundesregierung die letzte, aber gern übersehene Unbilligkeitsregel eingeführt.

„§ 6 Hilfebedürftigkeit im Alter Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden würden. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden monatlichen Regelaltersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch.“ Alles klar? Im Klartext hat die neue Regel es in sich. Nur wer eine so hohe Rente erwarten kann, dass sie auch nach Rentenkürzung immer noch erkennbar über dem Sozialhilfebedarf liegt, soll vorzeitig und mit Abschlägen in die Altersrente gehen müssen. Fast alle Hartz-IV-Beziehenden und zu erwartenden Kleinrentner sind damit vom Zwang zur vorzeitigen Altersrente befreit. (Freiwillig dürfen sie aber schon mit 63 vorzeitig in die Altersrente gehen, wie andere Rentenanwärterinnen auch, natürlich mit einer lebenslangen Rentenkürzung.)



Fotos: Agneta Becker

So manche Sachbearbeiterin schreibt in die Rentenaufforderung hinein, sie habe ihr Ermessen sorgfältig ausgeübt, es spräche nichts gegen die vorzeitige Rente. Sehr wahrscheinlich benutzt sie einen Textbaustein, ohne selbst nachdenken zu müssen. Dabei hat sie vielleicht diese neue Regel übersehen, den aktuellen Hartz-IV-Bedarf hat sie nicht mit der Rentenerwartung verglichen.

Wenn das Jobcenter Ihnen einen solchen Brief zustellen lässt, dann zögern Sie nicht. Lassen Sie sich beraten. Oder schreiben Sie Folgendes zurück: „Gegen Ihre Aufforderung zur vorzeitigen Altersrente lege ich Widerspruch ein. Sie haben sicher in der Unbilligkeitsverordnung den neuen § 6 (Hilfebedürftigkeit im Alter) übersehen.“ avo



... mehr als gutes Brot.

Alle Rohstoffe für unsere außergewöhnlichen Rezepturen stammen aus 100% kontrolliert biologischem Anbau. Gentechnik, Gärstabilisatoren, Enzyme, Konservierungsmittel und Geschmacksverstärker sind bei uns tabu. Unser Getreide beziehen wir von Biohöfen im Münsterland. Das Korn wird in hauseigenen Steinmühlen täglich frisch gemahlen.



Biobäckerei · Bremer Str. 56 · 48155 Münster
... und auf den Märkten, in Bioläden und Superbiomärkten
www.cibaria.de

Rückzahlung von Alg II bei übersteigendem Vermögen

Vermögen oberhalb des Vermögensfreibetrags steht dem Bezug von Arbeitslosengeld II im Wege. Solange dieses Vermögen nicht verbraucht ist, hat ein Arbeitsloser oder Geringverdiener keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Alg II oder Hartz IV). Hat er bei der Antragstellung dieses Vermögen nicht ge-

Neue Regelung zu EU-BürgerInnen, Arbeitnehmereigenschaft und Alg II

Nach mindestens einem Jahr Tätigkeit bleibt der Arbeitnehmer*innen-Status (und damit das Freizügigkeitsrecht und der Sozialleistungsanspruch) unbefristet erhalten, wenn die Arbeitslosigkeit unfreiwillig eingetreten war. Bei weniger als einem Jahr Tätigkeit bleibt der Status nur für sechs Monate erhalten. Arbeitsminister und Bundesagentur für Arbeit haben bislang das geforderte eine Jahr Arbeit immer als nahtlos ausgeführte Tätigkeit vorausgesetzt. Gibt es einen Tag ohne Arbeit, dann wird neu angefangen zu zählen. Dies hat das Bundessozialgericht (BSG) im Juli anders entschieden: Das gesetzliche Erfordernis von einem Jahr Arbeit ist auch erfüllt, wenn es sich aus zwei Tätigkeiten ergibt, die nur durch eine beschäftigungslose Lücke von zwei Wochen getrennt sind.

Bundessozialgericht, 4 AS 17/16 R vom 13.07.2017, nach Claudius Voigt, Liste Münsterland vom 16.07.2017



meldet, muss er das seitdem erhaltene Arbeitslosengeld II einschließlich Sozialversicherungsbeiträgen komplett zurückzahlen. Ein eventuell noch nicht voll zurückgezahltes Darlehen mindert die Vermögenssumme nicht. Die Rückforderung umfasst den gesamten Betrag des bezogenen Alg II und kann dabei auch deutlich über der Gesamtsumme des vorhandenen Vermögens liegen. Das Jobcenter kann aber im zweiten Schritt einen Teil der Rückforderung erlassen. Anmerkung: Diese Regelung gilt übrigens auch, wenn zwischendurch das Vermögen leicht über die Freibetragsgrenze steigt. Auch dann besteht ab diesem Termin kein Anspruch mehr auf Alg II. avo

Landessozialgericht LSG NRW vom 29.06.2017- L 7 AS 395/16 (nicht rechtskräftig) nach Tacheles, Thomé-Newsletter 28/2017

Sozialgerichte müssen Folgen von Kürzungen im Einzelnen prüfen

Kurz vor Schluss erreichte die Redaktion eine Nachricht über einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 1. August. Die

Entscheidung dürfte viele Bezieher*innen von Hartz-IV-Leistungen interessieren. Die Karlsruher Richter verpflichten die Sozialgerichte dazu, die konkreten negativen Folgen für die Betroffenen zu prüfen, wenn sie ihre Alg-II-Bezüge kürzen.

Damit hat das höchste deutsche Gericht die Rechte von Hartz-IV-Empfängern gestärkt. Die Sozialgerichte haben fortan im Eilverfahren im

Einzelnen die Nachteile ihrer Entscheidungen zu beurteilen, die etwa mit der Übernahme von Wohn- und Heizkosten verbunden sind. Diese Prüfung dürfe nicht „schematisch“ vorgenommen werden, so die Richter. Im konkreten Fall hatte ein Mann dagegen geklagt, dass ihm das Jobcenter lediglich reduzierte Leistungen zubilligte. Die Behörde war davon ausgegangen, dass der Mann sich den Haushalt mit einer anderen Person teilte. Das Landessozialgericht (LSG) lehnte seinen Eilantrag auf Zahlung höherer Wohn- und Heizkosten für Alleinstehende ab. Solange noch keine Räumungsklage erhoben sei, drohe keine Wohnungs- oder Obdachlosigkeit durch die Kürzung der Bezüge, argumentierten die Richter am LSG. Die Quintessenz des Karlsruher Gerichtsentscheids: Die Übernahme von Wohn- und Heizkosten dient nicht bloß

dazu, Wohnungs- oder Obdachlosigkeit zu verhindern. Es geht vielmehr darum, ein Existenzminimum zu sichern. Dazu zählt, möglichst in der gewählten Wohnung zu bleiben. Wenn die Leistungsbezieher ihrer Verpflichtung nachkommen, ihre Notlage glaubhaft zu begründen, so dürfen daran von den Sozialrichtern keine „überspannten“ Anforderungen gestellt werden. tk

Bundesverfassungsgericht, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 01.08.2017; 1 BvR 1910/12 - Rn. (1-22) http://www.bverfg.de/e/rk20170801_1bvr191012.html

Anspruch auf Alg II bei ungeklärtem Status der Erwerbsfähigkeit

Solange die Erwerbsunfähigkeit nicht rechtlich verbindlich zwischen dem Jobcenter und dem alternativen Leistungsträger, in diesem Fall dem Sozialamt, geklärt ist, muss das Jobcenter weiter Alg II bezahlen.

Sozialgericht Dortmund, S 18 AS 1355/14 vom 12.10.2016, nicht rechtskräftig, nach Sozialinfo 1/2017

EU-Bürger*innen, Minijob und Alg II

Geht eine EU-Bürgerin einem Minijob mit fünf Stunden zu neun Euro Stundenlohn nach, gilt sie als Arbeitnehmerin. Damit kann sie ergänzende Alg-II-Leistungen erhalten.

Landessozialgericht NRW, L 7 AS 737/17 B ER vom 20.04.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Sanktion für über 25-Jährige

Auch wenn die Sperrzeit der Arbeitsagentur auf sechs Wochen verkürzt wird, dauert die wegen der gleichen Pflichtverletzung verhängte Sanktion des Jobcenters für über 25-Jährige ohne Ausnahme immer drei Monate.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, L 11 AS 19/17 vom 03.04.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Wiederholte Meldeversäumnisse und Kürzungen

Ziel von Meldeaufforderungen ist nicht, den Leistungsanspruch zu mindern und Geld zu sparen. Vielmehr soll mit einer persönlichen Vorsprache ein konkreter Meldezweck entsprechend dem Prinzip „Fördern und Fordern“ bearbeitet werden. Ab der vierten Einladung reicht das bloße Nennen eines allgemeinen Einladungszweckes für eine erneute Sanktionierung nicht mehr aus. Es ist erkennbar, dass das Ziel der Einladung auf diesem Weg nicht zu erreichen ist.

Sozialgericht Bremen, S 41 AS 130/17 ER vom 10.03.2017, siehe auch BSG B 14 AS 19/14 R vom 29.04.2015, nach Sozialinfo 2/2017





Fotos: Agneta Becker

Urteile

Keine Sperrzeit ohne angebotene Gegenleistung

Eine Sperrzeit wegen des fehlenden Nachweises von Eigenbemühungen setzt voraus, dass die Arbeitsagentur vorher beim Festlegen der Eigenbemühungen ausdrücklich ihre Leistungen beschreibt, etwa die Übernahme von Bewerbungs- oder Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen.

Bundessozialgericht, B 11 AL 5/16 R vom 04.04.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Anschlusskosten für Telefon und Internet bei Umzug

Telefon und Internet stellen das Grundbedürfnis nach Kommunikation sicher. Bei einem Umzug zählen Anschlusskosten dafür zu den Umzugskosten und können im Rahmen des Alg II vom Jobcenter übernommen werden.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, L 18 AS 3076/13 vom 24.03.2017, nach Sozialinfo 2/2017



Unterhaltskosten und Alg II

Manche Unterhaltskosten können beim Alg II vom eigenen Einkommen abgesetzt werden. Diese Unterhaltszahlungen müssen gerichtlich oder in einer notariell beurkundeten Vereinbarung festgelegt sein. Ihre Zahlung allein reicht nicht dafür aus.

Bundessozialgericht, B 14 AS 22/16 R vom 08.02.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Keine Sperrzeit nach Eigenkündigung wegen Teilnahme am Meisterkurs

Wer seine Arbeit kündigt, um an einem nicht berufs begleitenden Meisterkurs teilnehmen zu können, handelt nicht sozialwidrig. Die Maßnahme vermittelt eine zusätzliche Befähigung, dies ist nach Abwägen mit den Interessen der Beitragszahler vorrangig. Die zusätzliche Befähigung im erlernten Beruf gebe dem Meisterschüler für die Kündigung einen wichtigen Grund, urteilte das Sozialgericht.

Sozialgericht Karlsruhe, S 17 AL 1291/16 vom 08.11.2016, nach Sozialinfo 2/2017

Jahresabrechnung für vorher bewohnte Wohnung

Grundsätzlich soll das Jobcenter nur Mietkosten für die aktuell bewohnte Wohnung übernehmen, das soll der Sicherung der Wohnung dienen. Zieht jedoch ein Alg-II-Bezieher um und steht weiter laufend im Bezug von Jobcenter-Leistungen, dann ist auch eine Nachforderung von Nebenkosten für die vorherige Wohnung vom Jobcenter zu übernehmen.

*Bundessozialgericht, B 14 AS 13/16 vom 30.03.2017, nach Sozialinfo 2/2017
Bundessozialgericht, B 4 AS 12/16 R vom 13.07.17, Mitteilung des Gerichts*

Vorsicht bei vorläufigen Bescheiden – Selbständige besonders betroffen

Selbständige, die ergänzend Leistungen vom Jobcenter beziehen, kennen das: Zu-

Arbeitslosengeld nach Freiwilligem Sozialen Jahr

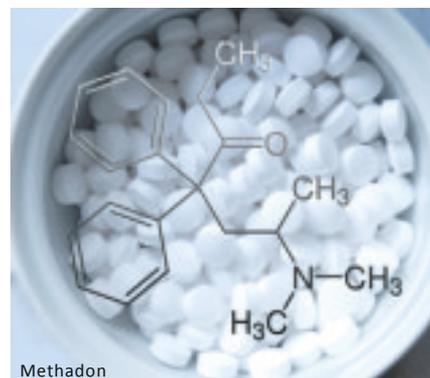
Ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) ist eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Bei einer Arbeitslosigkeit nach diesem Jahr ist die Höhe des Arbeitslosengeldes nicht fiktiv zu bestimmen, sondern am gezahlten Taschengeld, am Zuschuss zu Fahrtkosten und Verpflegung sowie am Wert von Mittagessen und Unterkunft als Lohn zu bemessen.

Bundessozialgericht, B 11 AL 1/16 vom 23.02.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Keine Übernahme von Fahrtkosten zur Methadonbehandlung

Die Krankenkassen übernehmen in der Regel keine Fahrtkosten zur Methadonbehandlung für Alg-II-Bezieher*innen. Jedoch ist es für sie möglich, die Fahrtkosten als besonderen, unabweisbaren Bedarf im Sinne des § 21 Absatz 6 SGB II im Jobcenter zu beantragen. Das gilt auch für andere medizinisch notwendige, aber von den Krankenkassen ausgeschlossene Behandlungskosten.

Landessozialgericht NRW, L 7 AS 1881/15 vom 15.02.2016, nach Sozialinfo 2/2017



Methadon

nächst wird eine Vorschau gemacht, in der dargelegt wird, wieviel sie in den nächsten sechs Monaten wohl verdienen werden. Die sogenannte „EKS“ (Einkommen aus Selbständigkeit). Daraufhin bewilligt das Jobcenter vorläufig ergänzende Leistungen. Nach den sechs Monaten muss für diesen Zeitraum eine abschließende EKS eingereicht werden. Und je nachdem, wie die Zahlen ausgefallen sind, muss noch Geld an das Jobcenter zurückgezahlt werden, oder das Jobcenter muss seinerseits nachzahlen, weil die Gewinne doch nicht so hoch ausfielen. Neu ist jetzt, dass diese abschließende EKS innerhalb der genannten Frist – in der Regel zwei Monate nach Ende des Bewilligungszeitraums – erfolgen muss. Erfolgt sie nicht, so kann das Jobcenter davon ausgehen, dass es gar keine Bedürftigkeit in diesem Zeitraum gab. Und das ganze Geld inklusive Sozialabgaben zurückfordern. Das geht dann schnell mal in die Tausende. Neu ist auch, dass es dann nicht ausreicht, nachträglich die Bedürftigkeit zu belegen. Es bleibt bei der Rückforderung. Die neue Gesetzgebung gilt seit dem 01.08.2016 und ist geregelt in § 41a Abs. 3 SGB II.

Ob diese Regelung vor Gericht Bestand hat, steht auf einem anderen Blatt. Zumal hier der § 67 SGB I, der eine „nachträgliche Heilung“ vorsieht, völlig außer Acht gelassen wird.

Trotzdem: Vorsicht bei vorläufigen Bescheiden. Die abschließende Erklärung immer innerhalb von zwei Monaten einreichen.

Kurzmeldungen

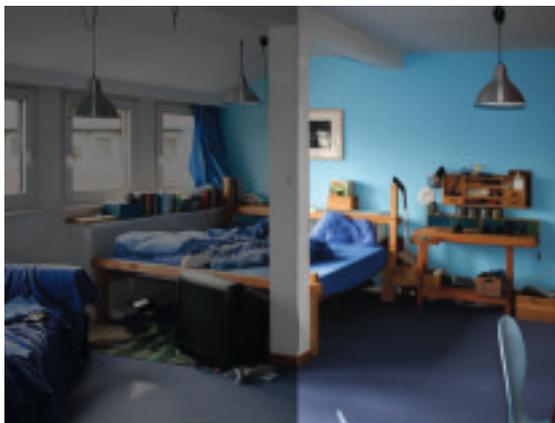
Darlehen für Mietkautionen vom Jobcenter

Wenn Bedürftige eine neue Wohnung anmieten, dann können sie manchmal die geforderte Kautionszahlung nicht zahlen. Das Jobcenter kann ihnen ein Darlehen dafür geben. Es ist aber umstritten, wie das Jobcenter weiter mit diesem Darlehen umgehen kann. Aufgrund einer nicht eindeutigen und seit dem 1. April 2011 gültigen Gesetzesänderung im Hartz-IV-Recht sollen Darlehen des Jobcenters aus dem Regelsatz zurückbezahlt werden. Monatlich stehen dafür 10 Prozent des Regelsatzes zur Verfügung, eine Einzelperson etwa bekommt also 40,90 Euro weniger ausgezahlt, diese werden als Tilgung des Darlehens verbucht. Bei einer entsprechend hohen Kautionszahlung kann diese Kürzung bis zu zwei Jahre dauern.

Das Verfahren der Jobcenter ist umstritten. Umstritten heißt, dass durch juristischen und politischen Streit eine Änderung herbeigeführt werden kann. Ein aktuelles Urteil vom Landessozialgericht NRW (LSG NRW) geht in diese Richtung. Außerdem hat Tacheles einen politischen Aufruf gestartet, diese Praxis der Jobcenter zu ändern. Als selbst betroffene Person kann man auch selbst aktiv werden. Dazu folgt ein Überblick: Neues Urteil: Hartz IV und Mietkautionsdar-



lehen: keine Aufrechnung mit laufendem Regelbedarf
Das Jobcenter kann nicht verlangen, dass ein Kautionsdarlehen aus dem laufenden Regelbedarf zurückgezahlt wird. Das Jobcenter darf die Alg II-Leistung nicht für die Tilgung



Wohnraum für den Umgang mit getrennt lebendem Kind

Eine sogenannte temporäre Bedarfsgemeinschaft regelt im Rahmen des Alg II die Bedarfe im Zusammenhang mit Umgang zu Kindern getrennt lebender Eltern. Für ein Kind, das zu mehr als der Hälfte beim anderen Elternteil lebet, kann zusätzlicher Wohnraum angemessen sein. Ab Beginn des Schulbesuchs ist laut Gericht ein halber Wohnraumbedarf (das entspricht 7,5 Quadratmeter) anzuerkennen.

Sozialgericht Duisburg, S 5 AS 1078/16 vom 24.03.2017, nach Sozialinfo 2/2017

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
Kündigung? Hohe Nebenkosten?

Mieter/innen-Schutzverein
Münster und Umgebung e.V.
Achtermannstr. 30
48143 Münster (Nähe HBF)
Mo - Do 9 - 13 Uhr, Sa - 15 Uhr
Fr - 9 - 12 Uhr
www.mieterschutzverein-muenster.de

☎ (0250) 51 17 59
**Kompetent.
Schnell.
Preiswert.**

Kurzmeldungen

des Kautionsdarlehens fortlaufend um 10 % kürzen.

LSG NRW, L 7 AS 607/17 vom 29.06.2017
(nicht rechtskräftig)

Nach: <http://tinyurl.com/y7mvdpuv>

Dieses aktuelle Urteil aus Nordrhein-Westfalen schreibt nun ausdrücklich, was verschiedene andere Gerichte vorher zumindest angedeutet haben. In die gleiche Stoßrichtung geht auch der folgende politische Anstoß von Tacheles. Der Aufruf führt diese weiteren Gerichtsentscheidungen an. Aufruf an die Politik: das Aufrechnen von Mietkautionsdarlehen beenden! Der Erwerbslosenverein Tacheles in Wuppertal ruft dazu auf, dass die Praxis der Aufrechnung von Mietkautionsdarlehen beendet wird. Die Unterkunftskosten im Alg II, soweit sie die laufende Miete betreffen, geben nichts her für eine Aufrechnung. Also wird aus dem Regelbedarf gekürzt. Der Regelbedarf ist schon knapp bemessen, eine längerfristige Kürzung ist nicht zu rechtfertigen. Der Regelsatz soll für andere Bedarfe als für Kosten der Unterkunft zur Verfügung stehen. Der Aufruf ist im Internet zu finden:

<http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2202/>.

Dort könnt Ihr / können Sie als Unterstützende unterschreiben.

Was tun, wenn das Jobcenter bei mir persönlich aufrechnet oder aufrechnen will?

Weisen Sie auf das Urteil vom Landessozialgericht NRW, L 7 AS 607/17 vom 29. Juni 2017 hin. Beantragen Sie, dass die laufende Aufrechnung Ihres Kautionsdarlehens beendet und dass Ihr Darlehen gestundet wird. Beantragen Sie einen Überblick: Wieviel vom Darlehen haben Sie schon zurückgezahlt, und wieviel ist noch offen? Wenn Sie ein neues Kautionsdarlehen beantragen, achten Sie darauf, dass das Jobcenter bei Ihnen nicht aufrechnet, also nicht kürzt. Wenn das Jobcenter doch kürzt, legen Sie Widerspruch ein. Weitere Hinweise und Vordrucke finden Sie/findet Ihr ebenfalls auf der genannten Webseite:

<http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2202/>.

Dieses Verfahren garantiert allerdings nicht, dass das Kautionsdarlehen nie zurückgezahlt werden muss. Das Jobcenter kann das Darle-



Foto: Agneta Becker

hen zurückfordern, wenn der Vermieter es zurückzahlt oder wenn der Leistungsbezug endet, beispielsweise durch ein neues Einkommen oder Vermögen. avo

Was tun bei Mietwucher?

Seit 2015 gilt in vielen Bundesländern, auch in NRW, die sogenannte Mietpreisbremse: Wohnungsmieten dürfen demnach maximal zehn Prozent über der örtlichen Vergleichs-

Volkshochschule Münster

STADT MÜNSTER

vhs Volkshochschule Münster

Jahresthema:
Wem glauben wir noch?

Jetzt anmelden!
www.vhs.muenster.de
Tel. 492-4321

Worte
Wahrheit
Widersprüche

Unschlagbar schnell
viaprinto
Overnight
Bis 18 Uhr bestellt, am nächsten Morgen geliefert.

Deutschlands schnellste Online-Druckerei.
Immer einfach, schnell und zuverlässig drucken.
Immer bedarfsgerecht in allen Auflagen bestellen.
Mit der Online-Druckerei von CEWE.

Wir sind jederzeit gerne und gut gelaunt für Sie da!

Tel. 0800 - 589 31 41* oder www.viaprinto.de

*Betriebszeiten aus dem dt. Festnetz und allen dt. Mobilfunknetzen.

viaprinto
Erfolg hat schöne Seiten.

miete liegen. Diese wird im sogenannten Mietspiegel der jeweiligen Kommune festgeschrieben.

Wer in den beiden Vorjahren eine Wohnung angemietet hat und den Verdacht hegt, dass er oder sie zu viel Miete zahlt, kann dies nun online überprüfen und sich gegebenenfalls beraten lassen. Die Miethelden GmbH berechnet anhand weniger Daten (Wohnungslage, -größe, -preis), ob der Mietpreis angemessen oder zu hoch ist. Der Service ist kostenlos. <http://www.miethelden.de>

Seit 1. August ist die günstigere Krankenversicherung für Rentner*innen mit Kindern möglich

Auch Rentner*innen brauchen eine Krankenversicherung. Günstig ist da die gesetzliche Krankenversicherung der Rentner. Für berechnigte Personen zahlt die Rentenkasse den halben Beitrag. Aber nicht alle Rentner*innen können so versichert sein. Für die gesetzliche Krankenversicherung als Rentner*in müssen sie den überwiegenden Teil der zweiten Hälfte des Erwerbslebens gesetzlich versichert gewesen sein. An dieser Hürde schei-

Neue Auflage von „fast umsonst – mit dabei“ Münster-Ratgeber für ein preiswertes Leben

Offenbar bewährt und beliebt ist „fast umsonst – mit dabei“. Unter diesem Titel ist der Münster-Ratgeber für ein preiswertes Leben im Mai erschienen – und das in der dritten Auflage. Die beiden Vorgänger, die in den sechs Jahren zuvor im DIN-A5-Format gedruckt wurden, waren erstaunlich schnell vergriffen. Der Bedarf nach einem Ratgeber für Menschen mit schmalem oder leerem Geldbeutel ist also da. Das gilt auch oder erst recht in einer vergleichsweise vermögenden Stadt wie Münster. Auf 64 Seiten können Erwerbs- und Obdachlose unter zahlreichen Angeboten ebenso nach „Schnäppchen“ und andere kostengünstigen Möglichkeiten suchen wie andere Menschen mit geringem Einkommen, etwa Senioren mit kleiner Rente. Natürlich fehlen auch gänzlich kostenlose Angebote nicht. Günstige Mahlzeiten, gebrauchte Kleidung, Möbel oder Fahrräder finden sich zum Beispiel in den Kapiteln Essen & Trinken sowie Secondhand. Viel Wissenswertes über Themen wie Erste Hilfe, Münster-Pass, Wohnen, Anlaufstellen, Ämter und Beratungseinrichtungen sowie Weiterbildung und preisgünstige kulturelle Angebote erfährt der/die Leser*in ebenfalls in dem Heft.



Wer den Ratgeber durchblättert, ist überrascht, wie viele Anbieter und Anlaufstellen für ärmere Menschen es in Münster gibt. Die Zusammenstellung von „fast umsonst – mit dabei“ schließt hier eine Lücke. Das Heft wird von dem eingetragenen Verein AbM veröffentlicht, der das Magazin Sperre herausbringt. Es liegt an vielen öffentlichen Stellen und Einrichtungen in Münster zum kostenlosen Mitnehmen aus.

Den Ratgeber „fast umsonst – mit dabei“ gibt's auch im Internet: www.muenster-fast-umsonst.de tk

Probleme mit dem Jobcenter?

Lassen Sie sich beraten, wie Sie auf ein Problem reagieren können! Die Ombudsstelle berät kostenlos und vertraulich.

- Die Ombudsleute arbeiten ehrenamtlich und unparteiisch.
- Sie klären mit Ihnen die Situation, beraten Sie, welche rechtlichen Mittel Ihnen offen stehen oder wo Sie in Münster weitergehende Beratung bekommen.
- Sie versuchen in Konfliktfällen, gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeiter/-innen des Jobcenters und Ihnen die Situation zu klären und eine Lösung zu finden.

Sprechstunde: Donnerstag 16:00 – 18:00 Uhr
(Bitte vereinbaren Sie einen Termin.)



Ombudsstelle

Ombudsstelle Münster
Stadthaus 1 | Klemensstraße 10 | Zimmer 136 | Tel: 0251 492 7069 | Mail: ombudsstelle@stadt-muenster.de

Impressum

HERBST 2017

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres
 Norbert Attermeyer (noa)
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.)
 Lisa Liesner (lli)
 Robert Martschinke
 Christoph Theligmann (ct)
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Heinz Annas, Rudolf Engbers,
 Angelika Schirmer, Elske Schiemann
 (esch), Dirk Schwittkowski

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

Fotos / Illustrationen

Agneta Becker

Online

sperre-online.de
 Peter Andres, Elske Schiemann,
 Dirk Schwittkowski, Lisa Liesner

Anzeigen/Spenden

Peter Andres, Maria Hamers

Bankverbindung:

Bankverbindung:
 Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im Innen-
 Stadtgebiet Münsters
 Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht
 unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge
 liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwe-
 de Nutzung, auch der auszugsweise Nach-
 druck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe
 bitte an den Herausgeber.
 Wir freuen uns über jede Zuschrift.
 Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

01.12.2017

Redaktionsschluss

31.10.2017

Anzeigenschluss

15.11.2017

Mit finanzieller Unterstützung von:



Foto: Agneta Becker

man sich zirka eine halbe bis eine viertel Stunde vor dem Amt trifft, um sich kennenzulernen und ein kurzes Gespräch über die Sachlage zu führen. Im Sprechzimmer des Amtes stellt sich die Begleitperson kurz vor und

ist dann bei dem Gespräch dabei. Sollte der/ die Begleiter*in etwas sagen, was nicht in Ihrem Interesse ist, dann widersprechen Sie einfach, und alles ist gut. Wenn die Atmosphäre angespannt sein sollte, so ist es ratsam, zunächst auch grundsätzliche Verständnisfragen zu stellen. Sollte das Gespräch einmal eskalieren, kann die Begleitperson vorschlagen, das Gespräch abzubrechen, einen neuen Termin zu machen und hinterher zu überlegen, welche Maßnahmen im Anschluss sinnvoll sein könnten. ■

tern häufig Menschen, die eine Zeitlang keine Versicherung hatten, und oft auch die Ehepartner*innen von Beamten oder Selbstständigen, die privat mitversichert waren. Manchmal ist eine Kinderpause Anlass für die Lücke in einer eigenen Krankenversicherung. Eine Vereinfachung hat der Gesetzgeber eingeführt, die seit 1. August 2017 gültig ist: Wer Kinder hatte, auch Pflegekinder oder Stiefkinder, kann sich für jedes Kind drei Jahre Vorversicherungszeit anrechnen lassen. Es gilt für Väter und Mütter gleichermaßen. Das gilt auch, wenn das Kind in der ersten Hälfte des Erwerbslebens geboren ist. Auch wer jetzt schon in der Rente ist und anderweitig Versicherungsbeiträge zahlt, kann jetzt nachträglich in die Krankenversicherung der Rentner wechseln. Beratung erhalten Sie bei einer gesetzlichen Krankenkasse oder einer Sozialberatungsstelle. Nach Tacheles-Sozialhilfe.de, Thomé Newsletter 28/2017; eine Zusammenstellung von Claudia Mehlhorn und Klaus Rohsmöller gibt es hier: <http://tinyurl.com/y76gkat7>.

Amtsbegleitung – ein wichtiges Angebot

Haben Sie das nicht schon einmal selbst erlebt? Ein Termin bei einem Amt (Sozialamt, Arbeitsamt oder Jobcenter) steht an. In dem wurden Sie vorher schlecht behandelt, unter Druck gesetzt, falsch oder unvollständig beraten – oder Sie haben einfach nur Angst. Jetzt fehlt ein Zeuge oder eine Zeugin - eine Person die auf Ihrer Seite steht und Ihnen hilft, die Sitzung zu überstehen, oder die einfach durch ihre Anwesenheit dazu beiträgt, dass alles friedlich und sachlich bleibt. Es ist einfach manchmal gut, wenn man bei den Gesprächen auf den Ämtern nicht alleine ist. Immer wenn es eng wird, kann eine kompetente Begleitung dazu beitragen, dass alle „auf dem Teppich“ bleiben. Wenn Sie niemanden kennen oder vielleicht gerade kein Mensch ihres Vertrauens ansprechbar ist zu der Zeit, wenn der Termin auf dem Amt ansteht, dann rufen sie doch bei uns im MALTA frühzeitig an (Tel. 0251 / 414 05 53). Wir versuchen dann, eine Amtsbegleitung für Sie zu organisieren. In einem solchen Fall ist es meistens so, dass

Rosta
BUCHLADEN

Aegidistr. 12, 48143 Münster
 Tel: 0251/44926, Fax: 54497
 e-mail: rosta.buchladen@muenster.net

Die Alternative in Münster für jede Art von Literatur:

- Erzählerinnen aus aller Welt
- Kultur- und Sozialwissenschaften
- aktuelle politische und philosophische Diskussion
- Besorgung aller lieferbaren Bücher

Angst vor'm Amt?

Nicht mit'uns!

Ämterbegleitung im MALTA
 Tel. 0251/410553

Vermieter aufgepasst!!



Dach überm Kopf

Verein zur Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum für sozial schwache Gruppen

- Sie haben Wohnraum, den Sie vermieten möchten?
- Sie haben Interesse an gesicherter Miete?
- Sie möchten einen Ansprechpartner bei eventuellen Problemen?
- Sie möchten einen sozialen Beitrag leisten?

Dann sind Sie bei uns genau richtig!

c/o Chance e.V. | Friedrich-Ebert-Str. 7 | 48153 Münster | Tel: 0251 6208847 | E-Mail: dachuebermkopf.muenster@gmail.com

Unsere Einrichtungen

- Das **Begegnungszentrum** am Sprickmannplatz 7 als Treffpunkt der vielfältigsten Gruppen und Initiativen
- Der **Jugendsalon** am Sprickmannplatz 3 als offener Treffpunkt für die jungen Menschen des Wohnviertels
- Das **Büro** Kilingstraße 15, 3. OG, als Ort für Beratung, Organisation, Koordination und Kleingruppen

Das Begegnungszentrum Kinderhaus ist kooperiertes Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.



Begegnungszentrum
Kinderhaus e.V.
Sprickmannplatz 7
48159 Münster
Fon: 0251 - 21 69 58
Email: stadtelarbei@
bgo-kinderhaus.de



Beratungsbüro BGZ
Kilingstraße 15, 3. OG
48159 Münster
Fon: 0251 - 390 96 96 / 97
Fax: 0251 - 899 84 96

Vorstandsvorsitzender:
Lothar Esser
Lessor@maerster.de
Leiter:
Thomas Kollmann
thomas.kollmann@bgo-kinderhaus.de

Kontodaten des Vereins bei der Volksbank Münster:
IBAN: DE99 4016 0050 1000 0100 00
BIC: GENODEM333



Unser Auftritt im Internet:
www.bgo-kinderhaus.de
facebook.com/BGZKinderhaus
twitter.com/BGZKinderhaus

Impressum:
Hrsg.: Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.
Karte & Luftbild: Stadt Münster
Gestaltung: Andrea van Lessen
Druck: Print24
Kinderhaus, November 2016



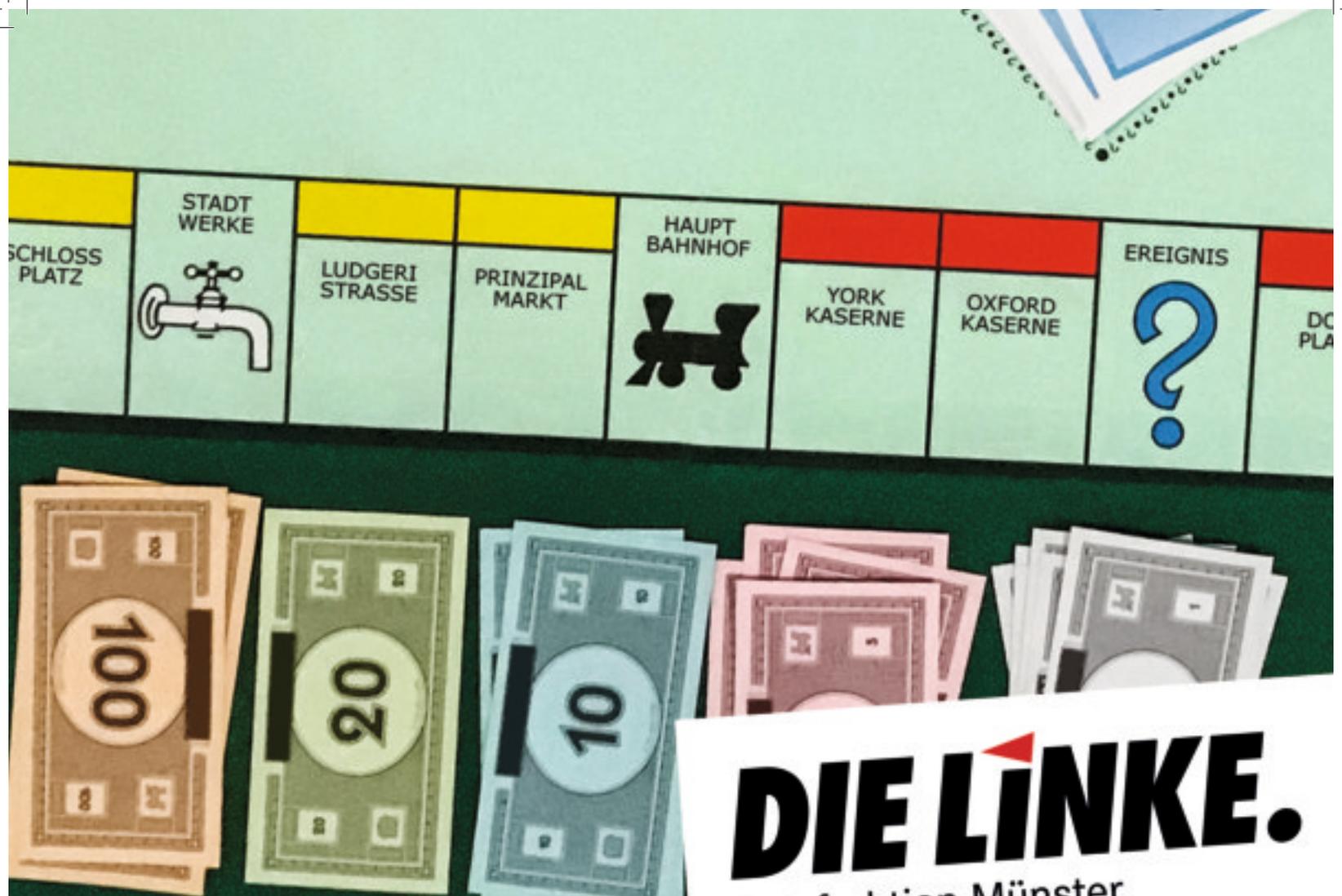
Aktuelle Angebote und Hilfen für Menschen in Münster-Kinderhaus

- Sozialberatung und Unterstützung
- Integrationsarbeit mit Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
- Fachliche Begleitung von Arbeitsplätzen
- Öffentlich geförderte Beschäftigung
- Ausgabestelle der Münster-Tafel
- über 15 interkulturelle Gruppenangebote
- Projekt Lesepaten mit der Grundschule West
- gemeinschaftliche Bewohnerprojekte
- anwaltliche Stadtelarbeit für bessere Wohnverhältnisse
- Ausgabe von Mieterberatungscheinen
- Selbsthilfeeinheiten, Offene Treffs, Stadteilfe
- Angebote für Seniorinnen und Senioren
- Bildungsveranstaltungen, Kurse
- religiöse Veranstaltungen, Gottesdienste
- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe
- Angebote für Familien, Ferienprogramme
- Stadteinführung: Brötchenbeide

Kooperationen mit

- Stadt Münster
- Jobcenter Stadt Münster
- Beratungsdienst stadtwest
- Internationaler Kulturverein ATRIUM e.V.
- KAI (Kinderhäuser Arbeitslosen-Initiative)
- Familienzentrum Kilingstraße
- Möbelladen Obokus
- Kleiderkammer Anstehungspunkt

Wir freuen uns auf Euer Kommen
Bei Fragen spricht uns an!



DIE LINKE.
Ratsfraktion Münster

Wohnungsnot in Münster!

Über 10.000 Wohnungen fehlen und die Folge: Drastisch hohe Mietpreise, die immer weiter steigen!

Auch die Gelände der ehemals britischen Oxford- und York-Kasernen könnten längst bebaut sein. Doch seit 2012 haben es weder die CDU/SPD-Mehrheit, noch die CDU/Grüne-Mehrheit geschafft, dem Bund die Gelände abzukaufen. Stattdessen wird immer noch um den Verkaufspreis gefeilscht.

DIE LINKE. Ratsfraktion macht weiter Druck, damit endlich auch diese Gelände bebaut werden können!

www.linksfraktion-muenster.de